

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Insertate
für die sechsgespaltene Colonelle oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **210 900** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Sodern schlagen die Flammen auf dem sozialen Kriegsschauplatz empor. Ungezwängt noch auf beiden Seiten wird der Kampf fortgesetzt. Trübsig, brutal beharren die Kohlegewaltigen auf ihrem Standpunkt — mit aller Entschiedenheit bestehen die Arbeiter auf ihren Forderungen, vor allem auf Anerkennung der Organisation. Während äußerlich der Kampf gewissermaßen auf dem toten Punkt angelangt ist, ist das Ringen tatsächlich schon entschieden. Die Arbeiterschaft hat einen Erfolg errungen, dessen Wichtigkeit zunächst erst nur vom moralischen Standpunkt möglich ist. Der Erfolg liegt in der Zusage der schleunigen Vorlage einer Novelle zum Berggesetz. Im Jahre 1889 sandte die Regierung Militär, blutig wurde der Streik niedergeschlagen. Wütender noch wie damals rief das Scharfmachertum jetzt nach Militär — aber statt dem Rufe zu folgen, ließ die Regierung eine Reform des Berggesetzes verkünden, durch die wenigstens ein Teil der Forderungen der Ausständigen gesetzlich garantiert werden soll. Allein die Tatsache, daß die Regierung sich damit offen auf die Seite der Arbeiter schlug, den übermütigen Kohlenjüngern den Unwillen des gesamten Volkes doch etwas fühlen ließ, bedeutet einen Erfolg der Arbeiter, dessen Tragweite leicht unterschätzt werden kann, wenn man sich nicht vergegenwärtigt, wie die Regierung sich damals verhalten hat.

Wie weit die Regierung den Wünschen der Arbeiter entgegenkommen will, ob sie imstande ist, ihren vielleicht schon gar nicht großen Reformeifer im Landtag betätigen zu können, das ist eine Frage für sich. Schon einmal hat der Landtag, im Jahre 1892, eine „Reform“ des Berggesetzes dazu benützt, um statt fortschrittliche, reaktionäre Bestimmungen hinein zu drängen. Noch ist in aller Erinnerung das Trauerspiel mit der Kanalvorlage. Zum Erbarmen hat der Landtag die Regierung behandelt, die Kage: Junkertum spielte mit der Regierung: Mäuslein. Der Landtag in Preußen ist der Hort der Reaktion und des Arbeitertruges in Deutschland, was kann man da von dem Landtag viel Gutes erwarten?

Daß eine Reform des Berggesetzes den Gewinnhagern nicht sehr wehe tun wird, dafür werden schon die schlesischen Kohlenkönige, die die Landtagsfraktion des Zentrums beherrschen, Sorge tragen. Man kann doch nicht erwarten, daß die schlesischen Zentrumsgrafen sich selbst in Fleisch schneiden! Wie wenig die Kohlegewaltigen die angeforderte Reform fürchten, hat der Bergbauische Verein geradezu demonstrativ bekundet. Er beantwortete die Ankündigung der Berggesetznovelle mit Herausgabe einer Broschüre, in welcher ganz kategorisch ein Zuthausgebot und eine Beschränkung der Öffentlichkeit der Verhandlungen des Reichstags verlangt wird. Im Gefühl ihrer Macht behandeln die Kohlenkönige die Regierung mit einer Geringschätzung sondergleichen: Wir sind die Herrscher, wir sind die Regierung! Das ist der Grundsatz, den die kommandierenden Generale im Bergbauischen Verein von Anfang an vertreten haben und den zu verlassen sie durchaus nicht gesonnen sind.

Trotzdem wird die Novelle einige Verbesserungen bringen, das muß gefestehen, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Nicht aus Liebe zu den Arbeitern, nur aus Rücksicht auf das Bürgertum nahm die Regierung für die Arbeiter Partei, gerade so wie weite Kreise des Bürgertums nicht aus Gerechtigkeitsinn, sondern aus Eigeninteresse gegen das Kohlenmagnatentum Stellung nahmen. So lange lediglich die Arbeiter öffentlich agitierten, stand das Bürgertum der ganzen Sache ziemlich teilnahmslos gegenüber; man begriff gar nicht, um was es sich handelte, man verstand die Arbeiter nicht, die große Masse des indifferenten Bürgertums konnte die Situation, die Gesamtstimmung nicht erfassen, man hielt sich an einzelne äußere Anlässe und konnte nicht begreifen, daß darum eine so große Bewegung entstehen konnte. Erst als man sich mit der Nase darauf gestoßen sah, daß die Diktatur des Kohlenmagnatentums Tausende bürgerlicher Existenzen zu vernichten drohte, erst als das Selbstinteresse dem sozialen Verständnis vieler Leute etwas nachhalf, da wurde die Sympathie für die Arbeiter rege, eine Sympathie, die weiter nichts ist als ein Reflex eigener Interessenwahrnehmung. In der Staatsautorität sehen weite Kreise des Bürgertums die beste Garantie ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen. Bisher wußte man nur, daß die Junker die Staatsautorität als leichte Ware behandelten, wenn ihr Klasseninteresse das erheischte. Weiter wußte man, daß die vermaledeite Sozialdemokratie die Staatsautorität vernichten wollte; nun gewahrte man mit Schrecken, daß ein paar Kohlenkönige auf die Regierung pfliffen, Vertreter der Regierung wie Schnorrer behandeln, die man hinauswirt.

Hätte die Regierung dazu vollständig geschwiegen, hätte sie nichts unternommen, das wie eine entschiedene Aktion ausfah, dann war es um das Ansehen der Regierung bei dem Bürgertum vollends geschehen. Der Selbsthaltungstrieb veranlaßte die schnelle Ankündigung der Novelle. So hatte die Regierung wenigstens vorläufig ihr Prestige gerettet, das Bürgertum war beruhigt. Es ist immer gut, wenn man sich der treibenden Kräfte bewußt wird, das bewahrt vor Enttäuschungen und behütet vor der Versuchung, auf fremde Hilfe zu viel zu vertrauen. Immer wieder wird der Arbeiterschaft zu Gemüte geführt, daß sie in erster Linie den Kampf gegen das Kapital doch aus eigener Kraft führen muß. Das zeigt sich auch jetzt wieder. Immer mehr wird die Forderung erhoben, die Arbeiterschaft solle den Kampf einstellen, im gläubigen Vertrauen auf die Regierung die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. Da hat man den schlagenden Beweis für die Verständnislosigkeit oder, ferner, das Zentrum in Betracht kommt, für das politische Falschspiel dieser

„Volkspartei“, gegenüber dem großen sozialen Problem, das dieser Kampf aufrollte. Noch bei keinem wirtschaftlichen Kampfe standen sich die beiden sozialen Weltanschauungen Patriarchalismus und Konstitutionalismus in so grundsätzlicher Weise gegenüber als jetzt. Das ist der Kardinalpunkt bei diesem gewaltigen, gigantischen Ringen, ob das Herrenprinzip ungeschwächt aus dem Kampfe hervorgeht oder ob die Arbeiterwelt in dem Bestreben, die Anerkennung der Gleichberechtigung zu erkämpfen, siegreich ist.

Daß nun mit einem Schläge gerade bei der mächtigsten und sozial brutalsten Industriegruppe die Anerkennung der Organisation errungen werde, das hat wohl der kühnste Optimist nicht erwartet. Aber ein gewaltiges Stück ist man vorwärts gekommen — grundsätzlich hat sich die Regierung auf den Boden der Anerkennung der Organisationen gestellt, indem sie es übernahm, ein Verhandeln zwischen der Vertretung der Unternehmer und der Arbeiter zu vermitteln. Die Konsequenz dieses Schrittes der Regierung ist die gesetzliche Verwertung ihrer gewonnenen Überzeugung. Nachdem der erste Schritt getan ist, kann die Regierung nicht mehr zurück, sie muß vorwärts. Auf diese Weise würde man indirekt zu dem Preise gelangen, den die Kohlenmagnaten der Arbeiterschaft stolz verweigern. Das ist die nicht leicht zu überschätzende Bedeutung dieses Kampfes. Ohne das mit dem Arbeiterinteresse getriebene Falschspiel der ultramontanen Drahtzieher würde die Bergarbeiterchaft wahrscheinlich dem Grubenfeudalismus auch direkte Zugeständnisse abzwängen. Dem wird jetzt vorzubeugen gesucht durch Klamaucherei der Arbeiter in der ultramontanen und „freisinnigen“ Presse. Allerdings, was bisher errungen ist, das kann man der Arbeiterschaft nicht wieder entreißen und man wird nicht verhindern können, daß, wenn das Kapital die Forderungen der Arbeiter in der Praxis nicht respektiert und die in Aussicht gestellte Novelle nicht das bringt, was unter allen Umständen gefordert wird, dann der Kampf von neuem ausbricht.

Das ist die hervorragende Bedeutung dieses Kampfes, daß er die Frage der Anerkennung der Arbeiterorganisation in das Licht der allgemeinen Kulturbewegung gerückt hat, die Arbeiterbewegung als einen Kulturfaktor hat erkennen lassen, auf dem das Wohl der Gesamtheit beruht. Wie kaum je eine Bewegung zuvor, hat dieser Kampf das Klassengefühl geweckt und gestärkt, die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge dem Verständnis weiter Kreise näher gebracht.

Von welcher einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung der Zustand ist, das tritt im Auslandsgebiet schon rein äußerlich in Erscheinung. Hier ist nicht nur der Hauptfundort der Kohle, hier ist auch sein hauptsächlichstes Verwendungsgebiet. Die Eisenindustrie, die Hauptverbraucherin der Kohle ist hier zu höchster Blüte gelangt. Das ganze Industriegebiet ist wie besät von Zechen- und Fabrikanlagen. Schlot reißt sich an Schlot, ein Wald von Schornsteinen bietet sich dem Auge dar. Und in normalen Zeiten sind die Schornsteine Rinder eines intensiven, industriellen Lebens. Aus Tausenden Schindeln qualmt, raucht und dampft es, das dem Auge oft der Blick in das Firmament verwehrt ist, über dem ganzen Ruhrrevier lagert eine dicke, gelbliche Atmosphäre, hellleuchtend schießen aus den Ofen gewaltige Feuergarben empor, in deren gefpenstigem Scheine die eifrig schaffenden Proletarier wie Schatten sich ausnähmen. Auf den Straßen und besonders auf der Eisenbahn ein sinnverwirrendes Getriebe — ein Jagen nach dem Glück. In endlosen Zügen rollen die Kohlenzüge dahin, überall geschäftiges Leben. Morgens, mittags und abends bevölkern Tausende, Hunderttausende Proletarier die Straßen, die zu den Werken führen. Die Signale ertönen, dann sind die Hunderttausende eingesperrt, unter der Fuchtel des Kapitals sehen sie ihre Arbeitskraft ein, um selbst das nackte Leben zu fristen, während die modernen Stavenhalter märchenhafte Gewinne einstreichen.

Und nun alles öde und tot. Nur noch wenigen Schornsteinen entquillt schmüger Qualm und Rauch, alle Zechen und Fabriken liegen still. Die meisten Ofen sind erkaltet, selten noch schießen Feuergarben empor. Bei Schichtwechsel sieht man nur wenige Gestalten dahineilen, die sonst so belebten Straßen sind und bleiben leer. Überall Ruhe und Stille! Hier und da läßt sich ein Wendenblicken, der Streikbrecher schüßen soll — und es ist nichts zu schüßen. Streikende steht man gewöhnlich nur, wenn sie zur Verammlung eilen oder zum Streikbureau. Dasselbe Bild der Öde und Stille auf der Eisenbahn. Die Kohlenzüge sind verschwunden, man sieht nur leere Wagen und leere Geleise. Der Einnahmeausfall für den Bergbau dürfte sich auf 2 bis 2½ Millionen Mark pro Tag belaufen, rechnet man die Minusproduktion in den Eisenwerken hinzu, dann wird eine Gesamtsumme von 3 Millionen Mark herauskommen. Das ist von ungeheurem Einfluß auf das gesamte Erwerbsleben, liegt auf der Hand. Die Geschäftsläden sind leer, verödet die Hotels, die Wirte haben Feiertag, überall machen die Folgen des Streiks sich bemerkbar.

Ganz besonders wird auch die Metallarbeiterchaft vom Streik betroffen. Gleich mit Einsetzen des Streiks mußten viele Fabriken die Betriebe einschränken; einen Nothelfer schuf man in Beschaffung belgischer Kohle. Nachdem aber nun auch in Belgien der Streik ausgebrochen ist, hört die Zufuhr auf und die Betriebseinschränkungen bei den Eisenwerken nehmen umfangreichere Dimensionen an. Viele Werke kündigen ihren gesamten Arbeitern, andere legen nur Feiertage ein. 40000 bis 50000 Metallarbeiter sind jetzt schon mehr oder minder stark durch den Bergarbeiterstreik in Mitleidenschaft gezogen und die Nachwehen werden noch lange zu spüren sein. Betsuch gesuchte man, Metallarbeiter als Streikbrecher zu gewinnen, mit verschwindenden Ausnahmen ist diese empfindende Summation mit Enttäufung zurückgewiesen worden. Mit Stolz kann hervorgehoben werden, daß der ehrliche Charakter der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet sich bei diesem Kampfe glänzend bewährt hat, unbesiegt hat man Ehre und Selbstachtung erhalten.

Die neuen Handelsverträge.

Was nach dem Inhalt des neuen deutschen Zolltarifs als selbstverständlich erwartet, besser besüchtigt werden mußte, ist nun zur Tatsache geworden, nämlich der Abschluß schlechter neuer Handelsverträge. Die deutsche Regierung ist auf dem Gebiet der internationalen Zollpolitik die Führerin geworden, sie hat darin die amerikanische Regierung abgelöst, die in den neunziger Jahren mit den MacKinley- und Dingley-Tarifen sich an die Spitze der Hochschutzzöllnerie gestellt hatte. Die deutsche Regierung hatte jahrelange Vorbereitungen zur Aufstellung des neuen Zolltarifs getroffen, für die der leitende Gedanke die maßloseste Steigerung der Hochschutzzöllnerie war. Die agrarischen und industriellen Hochschutzzöllner spornen sie dazu noch immer durch ihr lärmendes Geschrei an und so kam in der Nacht des 13. Dezember 1902 unter gewissenlosen Bruch der Geschäftsordnung und unter brutaler Vergewaltigung der oppositionellen Minderheit der neue Zolltarif rechtswidrig zustande, der alles Bestehende auf diesem Gebiet weit hinter sich ließ. Die Folge davon war, daß andere Länder den neuen deutschen Zolltarif als Muster für die Aufstellung ihrer neuen Tarife benutzten und so ähnliche Zollschranken überall aufgerichtet wurden. Diese neuen Tarife mit ihren fast durchwegs und bedeutend erhöhten Zollsätzen dienten nun als Grundlagen für die Verhandlungen zur Erneuerung der Handelsverträge, die unter allen Umständen für die Industrie, den Handel und die millionenköpfige Masse der Konsumenten viel ungünstiger herauskommen mußten als die bestehenden Handelsverträge sind.

Die von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte vorläufige Übersicht über den Inhalt der neuen Handelsverträge zeigt nicht nur, wie gerechtfertigt alle bezüglichen Befürchtungen waren, sondern, daß sie von der Wirklichkeit noch weit übertroffen werden, und dabei bestreift sich das offiziöse Blatt der ihm gestellten Aufgabe gemäß noch, die neuen Handelsverträge in tendenziös schönfärbischer Weise unter Hervorhebung der wenigen Lichtpunkte und Verschweigung der schwersten Nachteile darzustellen. Zutreffend sagt denn auch die Frankfurter Zeitung, daß diese neuen Handelsverträge nicht den Zweck haben, den Verkehr zu fördern, die Stellung der einheimischen Industrie zu erleichtern und die wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Länder zu einander zu stärken, sondern im Gegenteil den Verkehr zu unterbinden und die Stellung der eigenen Produktion zu erschweren. „Es sind Verträge zur möglichen Verhinderung des internationalen Handels.“

Die Veröffentlichung des offiziellen Berliner Blattes betrifft die Verträge mit Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz, Italien, Österreich-Ungarn und Serbien, also sieben Verträge. Mit Spanien ist ein neuer Vertrag noch nicht abgeschlossen, mit Griechenland soll der bestehende Vertrag aufrecht erhalten werden. Der Handelsverkehr Deutschlands mit den sieben Vertragsstaaten war in den Jahren 1898, da die Caprivischen Handelsverträge in Kraft gesetzt wurden, und 1903 folgender:

	Einfuhr in Millionen Mark	Ausfuhr
Belgien	1893 189,86	147,75
„	1903 207,39	267,98
Italien	1893 149,68	85,41
„	1903 200,08	186,08
Österreich-Ungarn	1893 580,24	420,54
„	1903 754,80	530,60
Rumänien	1893 83,94	45,57
„	1903 63,44	37,60
Rußland	1893 353,44	184,59
„	1903 826,25	378,56
Schweiz	1893 143,69	187,86
„	1903 171,82	304,12
Serbien	1893 6,92	3,49
„	1903 8,83	6,97

Der Vergleich der Angaben aus den beiden Jahren zeigt, wie innerhalb dieses Jahrzehntes der Handelsverkehr gewaltig gestiegen. Nur Rumänien allein macht eine Ausnahme, der Handelsverkehr Deutschlands mit ihm ist sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr zurückgegangen. Aus dem Aufschwung des deutschen Waren-austausches ergibt sich, wie gut die Caprivischen Handelsverträge waren und wie frival es ist, diese bewährte Handelspolitik gegen die neue ruinöse Hochschutzzollpolitik preiszugeben. Das offiziöse Blatt kann denn auch trotz aller Verschönigungsversuche nicht umhin, zu konstatieren, daß mit dem neuen Zolltarif die Unterhandlungen zur Erneuerung der Handelsverträge sehr schwierig zu führen waren. Allgemein bekannt ist, daß die Verhandlungen mit der Schweiz mehrmals auf des Messers Schneide sich bewegten und der Abbruch nahe lag und daß mit Österreich tatsächlich die Verhandlungen scheiterten und erst ein zweiter Anlauf zum Ziele führte.

Die Dauer der neuen Verträge läuft bis zum Jahre 1917, in Kraft sollen sie zum Teil am 1. Januar 1906 beziehungsweise 1. Juli 1906 treten.

Neu ist in allen Verträgen die Schiedsgerichtsklausel, durch die die geordnete Erledigung von Tarifstreitigkeiten vorgegeben wird. Speziell handelt es sich dabei um die schiedsgerichtliche Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten über die Auslastung oder Anwendung der Vertragsstarife einschließlich der Zusatzbestimmungen, sowie der Zollfrage der von den vertragsschließenden Seiten mit dritten Staaten vereinbarten Vertragsstarife. Die Möglichkeit, die Kompetenz des Schiedsgerichtes weiter auszubehnen, ist vorgezogen.

Von den von dem offiziellen Berliner Blatte über den Inhalt der neuen Handelsverträge mitgeteilten Einzelheiten interessieren unsere Leser zunächst die Partien über die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie. Es wird nun da zur Beleuchtung des neuen Handelsvertrags mit Österreich-Ungarn folgendes ausgeführt:

Unsere Eisenindustrie konnte schon seit her Rohzeugnisse und Halbfabrikate nach Österreich-Ungarn wegen der dortigen sehr hohen Zölle nur in verschwindendem Umfang ausführen. Eine Herabminderung dieser Zölle war nach Lage der Sache nicht erreichbar. Ihre Wiedereinführung in den Vertrag in im wesentlichen unveränderter Höhe wurde von Österreich-Ungarn als Vorbedingung für Konzessionen für die Fertigfabrikate gefordert. Unter den von uns nach Österreich-Ungarn ausgeführten Fertigfabrikaten aus Eisen ragen an Bedeutung hervor, die Erzeugnisse der Kleinereisenindustrie. Sie wird in Zukunft mit teilweise erhöhten Zöllen zu rechnen haben. Aber diese Erhöhungen erscheinen doch wohl nicht erheblich genug, um den Absatz nachhaltig zu schädigen. Für die übrigen Eisenwaren gilt im wesentlichen das Gleiche. Eine starke Erhöhung haben die Nähmaschinen erfahren, die sich indessen in Zukunft auch in Deutschland eines erheblich erhöhten Schutzes erfreuen werden. Die Waren aus anderen metallen, wie Blei, Zinn, Zink, Kupfer, Nickel, Aluminium und aus Metalllegierungen haben im neuen österreichisch-ungarischen Tarifentwurf eine weitgehende Umfassung erfahren. Es ist gelungen, die neuen autonomen Sätze soweit herabzumindern, daß ungeachtet der neuen der teilweise hochentwickelten eigenen Industrieerzeugung die Fortdauer unseres derweiligen sehr erheblichen Exportes als im wesentlichen nicht gefährdet bezeichnet werden kann.

Ein besonders heiß umstrittenes Gebiet war dasjenige der österreichischen Maschinenzölle. Österreich-Ungarn, das schon bisher recht hohe Maschinenzölle hatte, hat diese im Tarifentwurf noch wesentlich begünstigt. Es ist zwar gelungen, diese autonomen Sätze im wesentlichen herabzumindern, immerhin bleiben für die meisten Maschinen Wertserhöhungen, die für diese nicht unbedeutend erscheinen können. Indessen dürfte doch gerade bei den für uns wichtigsten Maschinengruppen weniger Anlaß zu Besorgnissen vorliegen. Für die schweren Holzbearbeitungsmaschinen ist der Satz von 11,90 Kr. auf nur 13,50 Kr. erhöht worden. Für die Drehmaschinen ist der Satz mit 10 Kr. unverändert geblieben. Für die Meßgeräte ist er allerdings auf 14 Kr. erhöht. Aber mit diesen Maschinen ist auch unsere sächsische Industrie wegen des bedeutenden inländischen Absatzes außerordentlich lebhaft beteiligt. Für die Nähmaschinenkategorie ist der bisherige Satz mit 60 Kr. im wesentlichen unverändert geblieben. Nur die wichtige Position der besonders benannten Maschinen, die nunmehr nach dem Stückgewicht der Maschinen gestaffelt ist, weist allerdings für die leichteren und mittelschweren Maschinen erhöhte Sätze auf, für die Maschinen von 50 bis 100 Doppelzentner über den derzeitigen Zoll von 18 Kr. und für die schweren Maschinen von über 100 Doppelzentner Stückgewicht einen ermäßigten Satz von 16 Kr. Übrigens kommt hier sehr in Betracht, daß auch der neue deutsche Tarif derzeit Abzugszölle enthält und daß diese Erhöhungen auch in den weiter abgeschlossenen Verträgen zu einem großen Teile aufrecht erhalten sind.

Mit sehr erheblichen Zollerhöhungen hat der neue österreichisch-ungarische Tarifentwurf die Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie bedacht. Auch hier sind die Sätze im Vertrag wesentlich herabgemindert worden. So für Dynamomaschinen, ferner für Telephone und Mikrophone im Stückgewicht unter 5 Kilogramm von 240 Kr. auf 140 Kr. und für die Starstromapparate in Dosen und dergleichen von 180 auf 150 Kr. Allerdings verbleiben bei diesen wichtigen Artikeln immerhin noch nicht unbedeutende Erhöhungen.

Für unsere leonische Industrie ist bei den im Verhältnis zum Werte der Ware nur mäßig hohen, wenn auch teilweise erhöhten Sätzen eine Gefährdung des Exportes wohl nicht zu befürchten. Dagegen wird die deutsche Edelmetall-Industrie mit erheblichen erhöhten Sätzen zu rechnen haben. Für die Goldwaren dürfte wohl der neue Vertragssatz von 24 Kr. pro Kilogramm bei dem geringen Zollbruchteil, der namentlich bei der Bijouterie auf das Einzelstück entfällt, nicht sehr wirksam sein. Für die Silberwaren aber werden die Erhöhungen schwerer ins Gewicht fallen. Andererseits muß es aber doch — und namentlich angesichts der Festigkeit, mit der Österreich-Ungarn seinerzeit auch hier gerade bei der Ausrechterhaltung des so wesentlich gesteigerten Zollschutzes bestand — als ein bedeutender Erfolg bezeichnet werden, daß es, abgesehen von ausreichenden Konzessionen für Bestecke und Sessel, auch gelungen ist, den autonomen Satz von 30 Kr. pro Kilogramm sehr erheblich herabzumindern, für Double-Waren auf 10 Kr., für flache Schüsseln und Teller und andere derartige flache Gegenstände auf 12 Kr. und für den Rest der Silberarbeiten in einer Staffelnung nach dem Stückgewicht auf 12 bis 16 Kr. Für medizinische, mathematische und physikalische Instrumente sind teilweise etwas erhöhte Sätze eingestellt. Diese treffen aber einige sehr wertvolle Exportwaren, die durch den Zoll nur gering belastet sind. Auch auf Klaviere und Harmoniums konnte der erhöhte autonome Satz nicht wieder auf die bisherige vertragsmäßige Höhe, sondern nur bis auf 70 Kr. gebracht werden. Die Uhren- und Schmuckwaren werden gleichfalls höhere Zölle als bisher zu tragen haben. Die Schwarzwälder Uhren 130 Kr., die anderen Uhren 260 Kr. und die Schmuckwaren gleichfalls 130 Kr. Dagegen sind die Uhrengehäuse und die Triebe mit eingesehten Zapfen und aufgenieteten Nadeln wieder den übrigen Schmuckwaren gleichgestellt.

Über den Vertrag mit der Schweiz wird gefolgt:

In der Kategorie Metalle erscheint zuerst gegossenes oder kaltgenaltes Eisen mit einer Erhöhung von 0,50 Kr. für rohes Eisen, und dem alten Satz für das unferne Ausnahmestück weitestgehend verbleibe, verzinnte u. s. w. Eisen. Bei Eisenbahnmaterial (Ausfuhrwert 2,8 Millionen) erhöhen sich Eisenbahnschienen und Schwellen nicht gelocht und nicht gebogen auf 2 Kr., gelocht und gebogen auf 3 Kr., Zahnstangen u. s. w. auf 4 Kr. Wesentlich ermäßigt und zwar zum größeren Teil unter der derzeitigen Satz sind die autonomen Zölle für fertige Maschinen, Räder, Handbandagen, Nadeln, Federn, Nadeln, Nadeln, Untergehänge, Signalgehänge und für Locomotiv- und Unterlagensplatten. Bei Achsgabeln, Stremwellen, Stemmplatten, Kuppelungen, Puffern, Zugstangen, Puffergehänge, Schienenmägeln und Schrauben und dergleichen verbleibt es bei dem bisherigen Zollfuß. Von Röhren und Röhrenverbindungsstücken (Ausfuhrwert 3,2 Millionen) bleibt für den weitaus größeren Teil der Ausfuhr von Röhren der Zollfuß von 0,60 Kr. unverändert. Zudem bisher mit 4 Kr. zollpflichtige Sabelträger jetzt unter diese Position kommen, tritt eine nicht unbedeutende Verbesserung ein. Dagegen werden Röhrenverbindungsstücke künftig einen höheren Zoll von 6 und 8 Kr. zu tragen haben. Aus den Positionen für Werkzeuge ist hervorzuheben, daß dem bisherigen Zoll von 7 Kr. für Saeen, Saeen, Saeen, Saeen künftig auch verzinnte und verzackte Waren, die bisher 25 Kr. zu zahlen hatten, unterliegen werden. Auch für bessere landwirtschaftliche und Gartenwerkzeuge ist eine Ermäßigung erzielt, der aber eine gleiche Erhöhung für die größeren Waren gegenübersteht. Messerschmiedwaren werden mit 50 Kr., fertige Saeen und Bekandete wie bisher verollt. Für Kupfer sind die meisten alten Vertragspositionen wieder erreicht. Änderungen treten ein für Kabel, wo wir gegenüber den neuen autonomen Erhöhungen Ermäßigungen durchgesetzt haben, die für die was hauptsächlich in der Eisenindustrie Spezialitäten Sätze in Höhe von 2 Kr. über den bisherigen Zoll bringen. Für isolierte Drähte hat sich gegenüber dem autonomen auf 30 Kr. erhöhten Zoll eine weitere Ermäßigung als auf 18 Kr. nicht erreichen lassen. Erhöht ist auch die Zölle für Glöcken und Schellen, abgesehen von Ringglöcken und für nicht besonders genannte Waren aus Kupfer und Kupferlegierungen, während nicht besonders genannte Bronzewaren wie bisher verollt werden. Zu den Positionen für Blei, Zinn, Zinn, Nickel, Aluminium werden ermäßigt die Sätze für alle Buchdruckertypen auf 1 Kr., Bierglasgefäß auf 15 Kr. gegen jetzt 20 Kr.; erhöht die Sätze für Blei in Blech, Röhren, Draht auf 2 Kr., polierte, bemalte u. s. w. Zinnwaren auf 30 Kr., rohe Zinnwaren auf 15 Kr., polierte u. s. w. Zinnwaren außer Bierdeckel auf 45 Kr., plattierte, vergoldete oder verblühte Waren auf 70 Kr. Die übrigen Vertragspositionen bleiben unverändert.

Zur Kategorie Maschinen, mechanische Geräte und Fahrzeuge ist zu bemerken, daß es angesichts der Zollerhöhungen des deutschen Tarifs auf dem Gebiete der Maschinenzölle nicht möglich gewesen ist, überall die Sätze des bisherigen Vertragstaris wieder

zu erreichen. Es ist deshalb der Versuch gemacht worden, die Zölle für Maschinen gegenseitig so zu regeln, daß den Erhöhungen auf der einen Seite gleichwertige Erhöhungen auf der anderen Seite gegenüberstehen. Auf diese Weise haben beide Teile geglaubt, den von ihnen zu vertretenden Interessen am besten gerecht zu werden. Unverändert bleiben von den Vertragspositionen für Maschinen die folgenden: Dampf- und elektrische Lokomotiven und Tender (Ausfuhrwert 61000 Kr.), Spinnereimaschinen, Webereimaschinen, Buchdruck- und Buchdruckereimaschinen, Waagen, Platten und Glöcke für den Druck, Treibriemen aller Art mit Ausnahme solcher aus Leder und Kautschuk, Kraken und Krakenbeschläge, Strick-, Wirk- und Vertikalmaschinen, Strickmaschinen und Strickmaschinen zahlen 10 Kr. Nähmaschinen 8, Mäckergerät 7, hauswirtschaftliche Maschinen 6, landwirtschaftliche Maschinen, nicht anderweitig genannt, 7 Kr. — Die in den weiteren Positionen 894 bis 898 vereinigtgen Maschinen haben bisher gleichmäßig einen Zoll von vertragsmäßig 4 Kr. bezahlt. Der neue Tarif hat für alle diese Maschinen nach dem Gewicht abgestufte höhere Sätze eingestellt, die zwischen 8 und 20 Kr. schwanken. Im Vertragsweg ist im Zusammenhang mit der Gestaltung der deutschen Maschinenzölle eine Ermäßigung dieser Sätze auf 5 bis 14 Kr. für dynamoelektrische Maschinen und für elektrische Transformatoren auf 5 bis 16 Kr. für den Rest der unter 894 bis 898 genannten Maschinen erreicht worden, und zwar derart, daß künftig für schwere Maschinen (50000 Kilogramm und darüber) 5 Kr., für leichte (weniger als 100 Kilogramm) 14 beziehungsweise 16 Kr. zu entrichten sein werden. Der Fahrradzoll ist jetzt Stückzoll, nämlich 12 Kr. für Bicycles und Tenderns 25 Kr., für Tricycles u. s. w., gegenüber dem jetzigen Gewichtszoll jedenfalls für Zweiräder keine Erhöhung Fahrradbestandteile werden wie bisher verollt. Auch Eisenbahnwagen behalten ihre alte Situation. Für Uhren ist ein Einheitszoll von 20 Mk. erzielt, der für einen Teil des Exportes die alte Lage erhält, für einen anderen noch eine Verbesserung bringt. Bei den für unsere Ausfuhr wichtigen Positionen der Instrumente und Apparate verbleibt es im allgemeinen bei den bisherigen Sätzen. Es erhöhen sich jedoch die Sätze für Meßzeuge auf 70 Kr., photographische Apparate auf 20 Kr., Mikroskope, Stereoskope, Ferngläser auf 60 Kr., Gasmesser, Kassenkontrollapparate, Rechenmaschinen auf 20 Kr., Wassermesser auf 12 Kr. Immerhin bleiben diese Sätze erheblich hinter den autonomen Sätzen zurück und dürften unserer Ausfuhr nicht hinderlich sein. Für Instrumente und Apparate für angewandte Elektrizität sind gleichfalls Vertragsätze erzielt, deren Erhöhungen kaum ins Gewicht fallen. Pianos, Klaviere und Orgeln mit Zöllen von 40 und 35 Kr. werden auch künftig den Export namentlich besserer Instrumente lohnen. Für Harmoniums, Orgelstimmgeräte, fertige Bestandteile von Musikinstrumenten, Saiten und Musikwerke bleiben die alten Sätze. (Schluß folgt.)

Die schwedische Eisen- und Metallindustrie in der offiziellen Statistik.

Vor zirka drei Jahren hatten wir die Gelegenheit, in der Metallarbeiter-Zeitung den damals erschienenen Bericht über die offiziellen Erhebungen über die größeren Betriebe in der schwedischen Metallindustrie zu besprechen, wobei wir kurz die Geschichte der Arbeiterstatistik in Schweden streifen konnten. Seitdem hat die Metallarbeiter-Zeitung über 100000 neue Leser erhalten. Es wird also notwendig sein, bei der heutigen Besprechung des hohen erschienenen zweiten Bandes eine kurze Wiederholung zu bringen.

Die Arbeiterstatistik oder, wie sie dort offiziell benannt wird, Arbeitsstatistik, war in Schweden bis dahin nicht ein fortlaufendes Ganzes. Der Reichstag bewilligte, wenn wir nicht irren, zum ersten Male im Jahre 1896 eine Summe von 10000 Kronen (11250 Mk.) zu einer Erhebung über die Bekerei. 1898 folgte eine Erhebung über die Zablindustrie. In den Jahren 1899 bis 1900 kam die Metallindustrie an die Reihe und zwar die eigentlichen Großbetriebe; die Erhebungen in den Jahren 1901 bis 1902 befaßten sich nun mit dem übrig gebliebenen Teile, den kleineren eigentlichen mechanischen Werkstätten sowie gewissen Spezialwerkstätten u. s. w., wie der hohen erschienenen offiziellen Bericht angibt. Leider beider Untersuchungen war Dr. Henning Elmquist, der umsichtige und weitsehende Organisator der schwedischen Arbeiterstatistik.

Der hohen erschienenen Bericht über die letzte Untersuchung gibt ein ungemein interessantes Bild der schwedischen Metallindustrie. Man möchte die beiden Bände der ersten und der zweiten Untersuchung ein klippiges Wert von bleibender Bedeutung nennen. Wir nennen nur, ganz abgesehen von den etwa 350 Seiten Tabellenwerk des letzten Bandes, folgende Gegenstände der letzten Erhebung: der Betriebsartenbetrieb, Beschaffenheit der Arbeitslokalitäten; das Verwaltungsorgan; die Arbeiter, verteilt nach Arbeitsstellen und Berufsspezialitäten u. s. w.; ihr Alter und Familienstand, ihre Kinder, ihr Geburten, Beruf des Vaters, eigener früherer Beruf; genossener Unterricht; Alter beim Eintritt in den Beruf, wie lange beim jetzigen Arbeitgeber in Arbeit; Wohnungsverhältnisse, Arbeitszeit, Lohnverhältnisse, Organisationswesen, Kranken-, Sterbe- und andere Unternehmungskassen; Kranke, Todesfälle, Unfälle; und schließlich noch eine ausführliche Abhandlung über die Arbeitslokalitäten.

Was uns da besonders interessiert, ist die Frage der organisierten Eisen- und Metallarbeiter und der Unternehmer. Der diesbezügliche Abschnitt ist mit größter Sorgfalt bearbeitet, der Bedeutung der Organisation innerhalb einer Industriebranche gemäß, oder richtiger gesagt, innerhalb der gesamten Produktion.

Die Zahl der Betriebe, die von den vierjährigen Erhebungen umfasst wurden, beträgt insgesamt 138 mit einer Gesamtarbeiterzahl (nach der Fabrikstatistik) im Jahre 1900 von 27.019; im Jahre 1899 betrug diese Zahl 26811 — und im Jahre 1901 — während der schweren wirtschaftlichen Depression — 24846. Bei den statistischen Erhebungen wurden insgesamt 23207 Arbeiter angetroffen, das ist bei der ersten Erhebung 12060 oder 86,7 Prozent, und bei der zweiten 11147 oder 96,6 Prozent. Der gesamte Produktionswert dieser 138 Betriebe betrug 77514763 Kr., davon Güter 11809079 Kr. und Manufakturwaren 65614667 Kr. u. s. w. über die Größe der Betriebe erfahren wir, daß im Jahre 1900 15 Betriebe über 500 Arbeiter oder zusammen 11394 beschäftigten, 9 Betriebe zwischen 300 bis 500 Arbeiter oder zusammen 3197, 4 Betriebe zwischen 100 bis 300 Arbeiter oder zusammen 7518, und schließlich 70 Betriebe mit weniger als 100 Arbeitern oder zusammen 3910. Der Produktionswert der vier Gruppen betrug in der ersten 38332093 Kr., in der zweiten 9907503 Kr., in der dritten 19959611, in der vierten 9115556 Kr. Die 15 Großbetriebe mit über 500 Arbeitern in der ersten Gruppe produzierten also den Werte nach genau ebensoviel, wie die 123 kleineren, obgleich die letzteren zirka 2000 Arbeiter mehr beschäftigten, die aber auch nicht als Kleinbetriebe zu betrachten sind. Von den 138 Betrieben waren nicht weniger als 101 oder etwa 75 Prozent Eigentum von Aktiengesellschaften. Der Zug zur Großindustrie ist also unverkennbar ein ganz gewaltiger. Die Umwandlung in Aktiengesellschaften ist besonders seit 1891 vor sich gegangen, von 74 in den Besitz von Aktiengesellschaften übergegangen Betrieben haben gerade die Hälfte oder 37 diese Veränderung seit 1891 erfahren, und von 27 durch Aktiengesellschaften errichteten Betrieben sind 15 seit 1891 entstanden.

Die Zahl der Beschäftigten, die bei der letzten Untersuchung anwendbar, das heißt erschöpfendes Material geliefert haben, beträgt 25 von 106. Sie verteilen sich auf folgende Produktionspezialitäten: a) Elektrische Maschinen und Apparate, 6 Betriebe mit 2458 Arbeitern; b) Drehereimaschinen, 3 Betriebe mit 1016 Arbeitern; c) Fabrikräder, Räder- und Strickmaschinen, 6 Betriebe mit 444 Arbeitern; d) Holzer, besondere Arbeitsmaschinen, Gewerkschaften u. s. w., 16 Betriebe mit 1903 Arbeitern; e) Landwirtschaftliche Maschinen u. s. w., 64 Betriebe mit 5683 Arbeitern. Bei der letzten Gruppe ist zu bemerken, daß außer der Produktion landwirtschaftlicher Maschinen eine ausgeprägte Spezialproduktion von ihr nicht betrieben wird. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter betrug in diesen Betrieben 11564. Erwähnenswert dürfte auch sein, daß diese Arbeiterzahl an nicht weniger als 656 Maschinen zur Verarbeitung von Metall und 565 zur Verarbeitung von Holz beschäftigt war, ein Zeichen dafür, wie

innerhalb der modernen Produktion der einzelne Arbeiter nur zu einem Bestandteil der Maschine wird.

Von besonderem Interesse ist nun die Lage der Arbeiter, die Höhe ihrer Löhne, die Dauer der Arbeitszeit u. s. w. Wir erfahren da, daß von 6134 Arbeitern 11,5 Prozent ein Jahreseinkommen von über 1500 Kronen hatten; 17,4 Prozent von 1200 bis 1500 Kr., 42 Prozent von 800 bis 1200 Kr., 21,4 Prozent von 500 bis 800 Kr., 7,7 Prozent von unter 500 Kr. Jahreseinkommen zu verzeichnen hatten. Demnach hatten von 6134 Arbeitern 70,9 Prozent ein Jahreseinkommen von über 800 Kr., das heißt sie hatten den Lebensstandard erreicht oder überschritten, von dem das schwedische Reichstagsgesetz als recht abhängig ist. Das gibt in einer gewissen Beziehung für die politische Bewegung der schwedischen Arbeiterpartei zu denken. Bei der letzten Reichstagswahl brachte es die Arbeiterpartei auf etwa 10000 bis 12000 Stimmen, wenn wir nicht irren. Treffen diese Jahreseinkommenszahlen auch für eine Reihe anderer Berufe zu, so gibt es da noch ein großes Feld zu heudern.

Bezüglich der Wochenlöhne betragen diese für 2171 von 8099 Arbeitern zwischen 18 und 24 Kr., für 841 Arbeiter 24 bis 30 Kr. und für 698 Arbeiter über 30 Kr. pro Woche. Die übrigen hatten einen niedrigeren Wochenlohn als 18 Kr. Hierbei ist indessen zu bemerken, daß es sich nur um die reinen regulären Wochenlöhne ohne Ertragsbezüge handelt. Im großen und ganzen aber kann man die Steigerung der Löhne in den letzten 20 Jahren nicht als auch nur annähernd befriedigend bezeichnen. Während zum Beispiel die Formner im Jahre 1879 einen Maximalwochenlohn von 24 Kr. und einen durchschnittlichen Wochenlohn von 15,12 Kr. bezogen, betrug ihr durchschnittlicher Wochenlohn im Jahre 1900 18,21 Kr. Bei den Schmiedern war das Verhältnis 15,12 Kr. im Jahre 1879 und 19,28 Kr. im Jahre 1900. Etwas weiter waren die Dreher gekommen, von 14,40 Kr. im Jahre 1879, auf 21,38 Kr. im Jahre 1900. Wenn man die ungeheure Steigerung der Lebensunterhaltungskosten, der Ansprüche, die die Gesellschaft an jedes Individuum stellt, die erhöhte Unmöglichkeit der Existenz, die steigende Unmöglichkeit, sich eine selbstständige Existenz zu schaffen, die mit der industriellen Entwicklung verbundenen Gefahren für die Arbeiter an Leben und Gesundheit u. s. w. in Betracht zieht, so kann von einer gesteigerten „Wohlfahrt“ der Arbeiter überhaupt nicht die Rede sein. Und noch schlechter fällt der Vergleich aus, zieht man diese Löhneprognose heran, die heute von Seiten, die mit der produktiven Tätigkeit selbst nicht das geringste zu tun haben, eingeführt werden.

Die Arbeitszeit hat allerdings eine, wenn auch langsam vor sich gehende Verkürzung erfahren. Etwa 61 Prozent von 10752 Arbeitern haben eine reguläre Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche und darunter. Davon 12,5 Prozent 54 bis 57 Stunden und 15,9 Prozent von weniger als 54 Stunden. Auch ist in den letzten Jahren in vielen Fällen die Arbeitszeit am Sonnabend um eine Stunde verkürzt worden. — Der Beginn der täglichen Arbeitszeit war in 31 Werkstätten morgens 6 Uhr, in 19 Werkstätten halb 7 Uhr, in 41 Werkstätten 7 Uhr und in 3 Werkstätten halb 8 Uhr beziehungsweise 8 Uhr morgens. Bezüglich der Überzeitarbeit haben 48 Werkstätten angegeben einen um 25 Prozent erhöhten Stundenlohn, 2 Werkstätten 20 Prozent, 2 Werkstätten 30 Prozent, 4 Werkstätten 33 und 33 1/2 Prozent, und 7 Werkstätten 50 Prozent erhöhten Stundenlohn für Überzeitarbeit zu zahlen. Der Zuschlag für Nachtarbeit betrug in 35 Werkstätten 50 Prozent, in 12 Werkstätten 20 und 25 Prozent, in 3 Werkstätten 30 und 33 Prozent und in 2 Werkstätten 100 Prozent. Der Zuschlag für Sonntagsarbeit betrug 25 Prozent in 10, 33 und 35 Prozent in 2, 50 Prozent in 33, 75 Prozent in 4 und 100 Prozent in 12 Werkstätten.

Bezüglich der Krankenversicherung wurden insgesamt 54 in Betracht kommende Klassen vorgefunden, wovon 53 Betriebsklassen mit 9050 Mitgliedern und eine allgemeine Klasse, die des Schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes, mit 1915 Mitgliedern. 82 dieser Klassen zahlen außerdem ein Sterbegeld. Zu den Betriebsklassen leisten die Arbeiter in der Regel einen geringen Beitrag und zwar im Durchschnitt 1,33 Kr. pro Mitglied, während das Mitglied selbst durchschnittlich 7,97 Kr. zu zahlen hat. Der gesetzmäßige Staatszuschlag betrug 0,35 Kr. pro Mitglied an die Betriebsklassen, 0,38 Kr. an die Krankenkasse unseres Bruderverbandes. Die Zahl der im Jahre 1900 eingetragenen Krankheitsfälle betrug 2966, die Zahl der von den Klassen geleisteten Tagesunterstützungen 54457. Es braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden, daß die Erkrankungen der Atmungsorgane sowie die Lungentuberkulose den überaus größten Anteil an diesen Krankheitsfällen aufzuweisen haben. Bezüglich der Unfallfrequenz wurden 570 Arbeiter angetroffen, welche Angaben, im Laufe der letzten Jahre einen schwereren Unfall erlitten zu haben, davon 396, die für die Folge noch darunter zu leiden haben. Der Bericht hebt aber ausdrücklich hervor, daß die Unfallfrequenz bezüglich der schwereren Unfälle eine erheblich größere ist, was von der Fabrikstatistik bestätigt wird.

Wir müssen es uns erlauben, auf die weiteren Abschnitte, die die Lage der Metallindustrie und die der Arbeiter behandeln, einzugehen. Wir werden in einem zweiten Artikel die Organisation des Unternehmertums wie der Arbeiter kurz skizzieren sowie die Konflikte, die von 1888 bis 1902 durchgefochten worden sind, berühren. Wir werden sehen, daß die schwedischen Metallarbeiter mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation sich jeden Fennig Lohnserhöhung erringen mußten und erringen konnten.

Zum Ausbau unseres Verbandes.

Die Vorlage des Vorstandes in den Nummern 49 und 50 v. J. und ihre Begründung veranlassen mich, hier das Wort zu ergreifen. Die Grundzüge der Vorlage zur Erwerbslosenunterstützung sind dieselben, wie die der vor zwei Jahren von der Generalversammlung abgefochtenen Kranken- resp. Erwerbslosenunterstützung. Nur die Form ist diesmal etwas eleganter und die Fristen künftlicher. Ich will von vornherein betonen, daß ich vom Standpunkt eines in seinem Beruf arbeitenden Metallarbeiters, der als Mitglied des Verbandes die Wohlthaten der Erwerbslosenunterstützung nur genießen kann, prinzipieller Gegner derselben bin, und zwar deshalb prinzipieller Gegner, weil ich eine derartige Krankenunterstützung nicht mehr als Mittel zum Zweck betrachte, sondern als eigentlichen Zweck selber. Die Einführung dieser Unterstützung bedeutet weiter nichts, wie den Übergang unseres Verbandes zu einer großen Versicherungsanstalt. Ich behaupte dies, und werde in diesem Artikel auch die Beweise für meine Behauptung anführen, trotzdem alle diejenigen, die derartige wagen, von unserem Hauptvorstand (Bezirkskonferenz Berlin) schon im voraus geschmackvoll mit dem von ihm vielleicht nicht höherpendenden Wort „Prinzipienwächter“ belegt werden.

Zunächst nun zur Vorstandsvorlage. Der Vorstand schreibt: Es wäre ein Mißverhältnis entstanden unter den drei Unterstützungsarten, und zwar dadurch, daß verheiratete Mitglieder einen Beitrag zu Umzugskosten erhalten können, Ledige dagegen nicht. Der Vorstand schlägt nun zur Beseitigung dieses großen Mißverhältnisses vor: Trennung der Krankenunterstützung von der Erwerbslosenunterstützung und Vereinigung derselben mit der Umzugsunterstützung, und zwar so, daß Reise- und Umzugsunterstützung gegen einander aufgerechnet werden. Die Unterstützungsätze dieser beiden Unterstützungsarten sollen dann nur noch die Hälfte dessen betragen, was bisher für die Krankenunterstützung allein bezahlt wurde. Die Folge davon wird sein, daß in Zukunft bedeutend weniger gereift wird, weil die Summe, die als Krankenunterstützung bezahlt wird, eine zu niedrige ist. Der Arbeitslose wird mehr wie bisher am Orte bleiben, in welchem er arbeitslos geworden ist, der längeren Unterstützung wegen. Und selbst, wenn er auf Reisen geht, wird er, weil er bei diesem niedrigeren Unterstützungsatz sehr rasch ausgefüllt ist, bald wieder an einem Orte dauernd bleiben müssen, um Ortsunterstützung zu bekommen. Das Arbeitsangebot wird ein größeres sein, wenn weniger gereift wird. Warum das Arbeitsangebot größer wird, brauche ich wohl nicht auseinanderzusetzen, denn das weiß jeder, der arbeitslos an einem Orte war und der gereift ist. Das größere Angebot von Arbeitskräften wird der Unternehmer zu Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ausnützen. Mit dieser Gleichmacherei oder Herabsetzung der Krankenunterstützung erweisen wir also der Allgemeinheit

der Metallarbeiter einen schlechten Dienst. Ich glaube auch nicht, daß die ledigen Mitglieder es als Unrecht empfinden, daß sie keine Umzugsunterstützung erhalten, was ja auch nicht ganz zutrifft, wie Kollege Sommerfeld in Nr. 52 dieser Zeitung nachweist. Wenn es aber zutrifft, daß der Verband und die Mitglieder Nutzen davon haben, wenn dem Arbeitslosen, der nachweislich anderwärts Arbeit erhalten kann, das Jahrgeld in Form von Unterstützung gegeben wird, so könnte dies auch gemacht werden ohne Beitragserhöhung und ohne Krankenunterstützung. Ich meine also, wir lassen die Krankenunterstützung wie sie ist; wenn wir einen gerechteren Ausgleich zwischen ledigen oder verheirateten Mitgliedern haben wollen, so können wir ihn auf andere Weise viel schöner schaffen.

Der Vorstand schreibt weiter: Der größte Mangel unserer Arbeitslosenunterstützung besteht darin, daß sie nur von einem Teile der Mitglieder in Großstädten in Anspruch genommen wird, denn die Mitglieder in kleinen und mittleren Orten werden kaum arbeitslos. Um auch diesen Mitgliedern etwas zu bieten, deshalb soll die Krankenunterstützung eingeführt werden. Weiter nennt es der Vorstand einen Mangel an ausreichender Gerechtigkeit, die Krankenunterstützung einzuführen, das heißt: den Mitgliedern der kleineren und mittleren Orten soll der Nachteil, daß sie nicht arbeitslos werden, dadurch entschädigt werden, daß sie Krankenunterstützung erhalten. Aber, ist das wirklich ein Mangel an ausreichender Gerechtigkeit? Man lese! Wenn nur die kleinen und mittleren Orte Krankenunterstützung erhielten statt Arbeitslosenunterstützung — und das ginge zu machen, der Hauptvorstand weiß uns selbst nach, daß andere Gewerkschaften prozentual weniger Krankenunterstützung zahlen pro Kopf ihrer Mitglieder wie Arbeitslosenunterstützung — dann könnte man noch von einem ausreichenden Gerechtigkeitssinn sprechen. Dies ist aber nicht der Fall. Die großen Orte werden in demselben Maße, vielleicht in einem noch größeren, die Krankenunterstützung in Anspruch nehmen wie die kleinen, und es wird durch die Krankenunterstützung kein Ungleichgewicht geschaffen, sondern was noch weit eher möglich ist, eine größere Ungleichheit dadurch, daß in großen Orten die Mitglieder auch mehr krank werden wie in kleinen und dann nicht nur mehr Arbeitslosenunterstützung, sondern auch mehr Krankenunterstützung beziehen.

Und mit solchen hinfälligen, absolut nicht stichhaltigen Gründen, will man uns von der Notwendigkeit der Einführung von Krankenunterstützung überzeugen. Das Sterbegeld soll ein vorzügliches Agitationsmittel, es soll ein Appell an Frau und Familie sein. Wenn dies wahr wäre, müßten wir mit unserer Agitation auf einem Niveau angelangt sein, das dem jubringlichen Verjährungsagenten, Reisenden und Hausierer ähnlich wäre. Der Vorstand scheint überhaupt der Meinung zu sein, daß wir für unseren Verband keine neuen Mitglieder gewinnen können, außer durch Unterstützungs-einrichtungen. Es wäre traurig bestellt mit unserem Verband, hätten wir keine vorzüglichere Werbekraft, wie diese Unterstützungen. Mit letzteren locken wir keinen Hund hinterm Ofen hervor. Ja, ich behaupte, daß wir, wenn wir den Metallarbeitern klar ihre Rechte und Pflichten erläutern, die sie bezüglich der Krankenunterstützung haben, wir sie mehr vom Verband abhalten, wie wir sie durch sie gewinnen.

Es wird behauptet, die rapide und erfreuliche Entwicklung unseres Verbandes sei auf die Unterstützungen zurückzuführen. Ich bestreite dies entschieden und weise darauf hin, daß wir diese Zunahme einzig der besseren Agitation durch Bezirksleiter, Geschäftsführer und andere, sowie auch nicht zum kleinsten Teile den Unternehmern infolge ihres brutalen, rigorosen Vorgehens gegen die Arbeitererschaft verdanken. Glaubt wirklich jemand im Ernst, daß die Leute, die heute als Ausrede und Rechtfertigung sagen: Wenn ihr Krankenunterstützung hättet, träten wir dem Verband bei, glaubt wirklich jemand, diese treten wegen der Krankenunterstützung ein? Wenn sie nur 20 Pf. für Erwerbslosenunterstützung zu bezahlen brauchten, würden sie vielleicht Wort halten, aber noch 30 Pf. mit Sozialzuschlag bis 40 Pf. werden sie niemals bezahlen, außer, wir haben sie durch unsere Agitation zu klassenbewußten Arbeitern erzogen. Ich glaube, daß sie selbst die 20 Pf. Beitrag zur Erwerbslosenunterstützung nicht lange bezahlen würden, wenn sie die Bedingungen, unter denen sie Krankenunterstützung erhalten können, näher kennen lernen. Bedenke man doch: ein Jahr Karenzzeit, die erste Woche des Krankheitsfalls keine Unterstützung und dann glücklich 6 Mk. die Woche. Das ist doch gar keine Unterstützung; und der Mann man eine solche hohe Werbekraft hat. Man weiß wirklich nicht, was man dazu sagen soll, wenn man derartiges liest. Selbst wenn einträte, was der Vorstand glaubt, daß die uns fernstehenden in Massen unserem Verband der Unterstützung wegen beitreten würden, was ich natürlich nicht glaube, so wette ich hundert gegen eins, daß die auf diese Weise Gewonnenen zu 95 Prozent in den ersten Wochen wieder austreten würden und nur die, die ihre Klassenlage erkannt haben und sie auf Kosten des Unternehmertums, nicht auf Kosten der Arbeitererschaft verbessern wollen, werden uns treu bleiben.

Daß durch diese Unterstützungs-einrichtungen unser Kampfescharakter nicht leidet, kann wohl nur — ich will mir hier einen Ausdruck des Vorstandes entleihen, den derselbe gegen Leute meiner Auffassung vor zwei Jahren gebraucht hat — von einem Ignoranten behauptet werden. Unsere Berechnungen beweisen mir das Gegenteil absolut nicht, selbst wenn wir im Jahre 1903 mehr denn je für Streiks ausgegeben haben. Nebenbei will ich bemerken, daß wir dazu durch die Ausperrungen der Unternehmer gezwungen wurden und daß ein großer Teil dieser Summe durch Extrabeiträge aufgebracht wurde. Über nicht an der Summe der Streikunterstützung allein lege ich den Nachsatz an, um zu erkennen, ob wir unseren Kampfescharakter verlieren, sondern an den Geist, an die Solidarität und die Opferwilligkeit der organisierten Metallarbeiter. Es kommt mir darauf an, was die Massen von ihren Führern gelehrt bekommen und was sie auf Grund dessen für eine Auffassung über Zweck und Ziele des Verbandes haben. Und wenn ich von diesem Standpunkt den Kampfescharakter unseres Verbandes betrachte, so wirkt es beschämend auf mich, welche Auffassung ein Teil unserer Mitglieder und nicht nur diese, sondern auch verschiedene Führer in unserem Verband haben. Doch genug davon.

Ich resumiere: Unsere Unterstützungs-einrichtungen sind zu belassen wie wir sie jetzt haben, wenigstens sollen keine Änderungen vorgenommen werden, die eine Beitragserhöhung bedingen. Für Krankenunterstützung keinen Feinrig! Eine Beitragserhöhung zur Stärkung unserer Macht gegen das Unternehmertum lasse ich mir gefallen. Auf der nächsten Generalversammlung den Beitrag zu erhöhen halte ich taktisch nicht für klug, weil ein großer Teil unserer Mitglieder durch diese Unterstützungs-einrichtungen kopflos gemacht worden ist, weil die Erziehung zur Opferwilligkeit vernachlässigt wurde. Wir haben in den letzten zwei Jahren schöne Fortschritte gemacht, arbeiten wir in den nächsten zwei Jahren wieder so, unter den alten Verhältnissen können wir es, dann dürfen wir zufrieden sein, und wir brauchen keine derartigen gewagten Experimente, wie es die Einführung der Krankenunterstützung ist, vorzunehmen.

Zum Schluß noch, warum ich prinzipieller Gegner dieser Krankenunterstützung bin (über Arbeitslosenunterstützung habe ich eine andere Auffassung). Ich hatte die Einführung der Krankenunterstützung in den Verband für nichts anderes, als für eine Besserung der Lage einzelner auf Kosten der gesamten organisierten Metallarbeiter. Unser Zweck und Ziel ist aber, unsere Lage auf Kosten der Unternehmer zu verbessern. Wir nehmen hier der kapitalistischen Gesellschaft Pflichten und Lasten ab, ohne daß wir einen Vorteil davon haben und überlegen sie der Arbeitererschaft. Dies verliert gegen meine sozialistische Überzeugung. Weiter: wenn wir die Sache genau ansehen, finden wir, daß wir durch diese Unterstützung die Lage der Arbeitererschaft im allgemeinen verschlechtern, und zwar dadurch, daß wir ihnen das, was sie an Beiträgen bezahlen, niemals wieder an Unterstützung retour geben können. Wir können im günstigsten Fall für eine Maximalbeitrag wieder 80 Pf. Unterstützung zurückbezahlen. 20 Prozent der Beiträge kommen niemals wieder an die Arbeiter zurück, sondern werden zu Material- und Verwaltungskosten gebraucht und um diesen Betrag haben wir die Lage der Arbeiter verschlechtert. Eine solche Unterstützung haben klassenbewußte Arbeiter zu bekämpfen. Bei den übrigen Unterstützungsarten, die wir haben, trifft das sieben Ausgehende nicht in dem Maße zu, weil man sie noch als Mittel zum Zweck gelten lassen kann.

Darum, ihr Arbeitsgenossen, denkt darüber nach, was ihr zu tun habt, um die Einführung der Krankenunterstützung zu verhindern. Wir brauchen keine Urabstimmung, aber wir können Delegierte wählen, die uns die Garantie geben, daß sie die Krankenunterstützung nicht zur Einführung gelangen lassen. Wir wollen sein eine gewerkschaftlich organisierte, eine klassenbewußte Arbeitererschaft. Wir wollen kämpfen mit aller Ruhe und Umsicht, aber auch mit aller Schärfe und allen Mitteln solange, bis wir eine menschenwürdige Existenz haben, solange bis wir als gleichberechtigter Faktor bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt werden. **Sans Ziegler.**

Bis jetzt ist in diesem Blatte eine sachliche Kritik der Vorstandsberechnung über seine Anträge auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung nicht erschienen. Der Bericht über die Konferenz des zehnten Bezirkes in Regensburg am 8. Januar steht noch aus. (Siehe diese Nr., S. 44. Red.) In dieser Konferenz wurde vom Vertreter des Hauptvorstandes erklärt: Er nehme an, daß die Vorstandsberechnung richtig sei, da bis jetzt eine Kritik darüber nicht erfolgt sei. Ist es nun in Wirklichkeit so? Ich erlaube mir einige Ausführungen hierüber. So weit man die Ausgabeberechnung des Vorstandes auf Münchner Verhältnisse überträgt, kann man sie als richtig bezeichnen, wenn man keine 57,8 Prozent gelten läßt. München ist wegen seines rauhen, schnell wechselnden Klimas eine ungesunde Stadt. Die Sterblichkeitsstatistik, die hohe Krankenzahl bei der jetzigen zentralisierten Ortskrankenkasse zwischen 3 bis 6 Prozent beweisen dies. Nimmt man das Jahr 1902 als Durchschnittsjahr der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter Münchens — es gab bessere und schlechtere Jahre bei dieser Klasse — und denkt man sich diese Mitglieder als Verbandsmitglieder, so ergibt sich folgendes: 7180 männliche Mitglieder waren bei 3744 Krankheitsfällen 76926 Tage krank. Davon gehen ab für die ersten sieben Tage der Karenzzeit 26208 und 7245 Sonntage, so daß für unseren Verband noch 43473 x unterstützende Tage verbleiben würden. In Geld umgerechnet 43473 x 1,27 = 55210,71 Mk. Der Vorstand rechnet nun, von 140134 männlichen Mitgliedern sind 57,8 Prozent bezugsberechtigt und 42,2 Prozent nichtbezugsberechtigt. Eingenommen würden 7180 x 46,5 Beiträge pro Kopf x 10 Pf. = 33387 Mk. Ausgegeben würde 55210,71 x $\frac{57,8}{100}$ = 31911,79 Mk.

Bilanz: 33387 Mk. Einnahmen, 31911,79 Mk. Ausgaben, 1475,21 Mk. Überschuß, der sich auf 60 bis 80 Sterbefälle verteilen ließe. Man ersieht daraus, daß, obwohl München eine ungesunde Stadt ist, die Ausgabeberechnung des Vorstandes sich ungefähr bilanziert. In den Fabrikkrankenkassen dieser Stadt werden die Verhältnisse ähnlich sein, während andere Städte wohl besser abschneiden würden.

Wie steht es nun mit der Einnahmeherechnung des Vorstandes? Er rechnet 140134 x 46,5 x 20 Pf. = 1303246,20 Mk. Die Hälfte davon bleibt für die Erwerbslosenunterstützung. Der Vorstand sagt aber auch im gleichen Artikel in Nr. 49 Seite 357 erste Spalte unten: Wir rechnen mit einer Mitgliederzahl von 144488, davon 42,2 Prozent = 60974 in demselben Jahre eingetreteten und 57,8 = 83514 Mitglieder älterer Jahrgänge. Nun sind aber diese 60974 Mitglieder nicht alle im Januar eingetreten, das man sie mit 46,5 Beiträgen berechnen kann, sondern auch im Dezember, im Laufe des Jahres. Bringt man sie trotzdem mit 46,5 Beiträgen in Rechnung, so muß man, um einen Ausgleich herbeizuführen, nicht 60974, sondern 121948 in einem Jahre aufgenommene Mitglieder rechnen. Unsere Berechnung soll nun doch den Kern zu dem zukünftigen Ausbau des Verbandes bilden. Werden wir in jedem Jahre bei 83514 Mitgliedern 121948 = 146 Prozent neue Mitglieder aufnehmen? Es wird hierüber jeder Städter lächeln (die Mitglieder befinden sich doch in der Hauptsache in den großen Städten) und sich sagen, die Berechnung unseres Vorstandes sei auf unrichtiger Basis aufgebaut. In den Städten sind ja schon die Hälfte, ja noch mehr, der Metallarbeiter organisiert. In der Konferenz des zehnten Bezirkes wurde vom Vorstandsvertreter gesagt, die Berechnung sei eine Wahrscheinlichkeitsberechnung; ich denke, der Vorstand wird über diesen wunder Punkt Klarung verschaffen.

Ich halte es für besser für den Verband, wenn die Mitglieder damit vertraut gemacht werden, daß nicht mit 10, sondern mit 15 Pf. Mehrleistung die Erwerbslosenunterstützung nach dem Vorschlag des Vorstandes durchgeführt werden kann, damit wir nicht eine zu große Enttäuschung erleben. Von der sieben-tägigen Karenzzeit kann nicht zurückgegangen werden, denn diese sieben Tage bedeutet ein Drittel der gesamten Krankheitszeit. Die Kollegen mögen daher die Vorstands-vorlage genau prüfen und sie auf ihre eigenen Verhältnisse übertragen, denn Klarheit über eine Neuerung ist ein Grundpfeiler zur gesunden Entwicklung unseres Verbandes. **Matth. Weber.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 12. Februar der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Februar 1905 fällig ist.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Für lokale Zwecke:

Der Verwaltungsstelle in **Frankfurt a. M.** die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 15 Pf. pro Mitglied bis 1. Juli 1905. (Den freireisenden Bergarbeitern sollen aus der Lokalkasse wöchentlich 1200 Mk. überwiesen werden.)
Der Verwaltungsstelle in **Bries** die Erhebung eines monatlichen Extrabeitrags von 10 Pf. pro Mitglied.

Für die freireisenden Bergarbeiter im Ruhrrevier und die dadurch zum Feiern gezwungenen Hütten- und Metallarbeiter der Rheinisch-Westfälischen Großhüttenindustrie — so weit letztere keiner Organisation angehören — einen wöchentlichen Extrabeitrag pro Mitglied von:

- 45 Pf. den Einzelmitgliedern in **Leipzig**;
 - 40 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in **Apothla, Fenerbach, Landshut, Staßfurt** auf drei Wochen, **Oggersheim, Plauen, Weinhelm**;
 - 30 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in **Ebersbach, Edigheim-Opau, Forst, Geesthacht, Kempfen, Lauenburg, Schweinfurt, Wilhelmshagen, Zwickau**;
 - 25 Pf. den Verwaltungsstellen **Söckel a. M.**;
 - 20 Pf. den Verwaltungsstellen **Erlangen, Regensburg, Nürnberg** (Sektionen der Feingoldschläger, Glaschner, Formner, Reitzungsmacher und Schmiede), **Böckel, Potsdam, Regensburg, Rostock, Schramberg, Seufersberg, Swinemünde, Biersen**;
 - 15 Pf. den Verwaltungsstellen **Erfurt (Klempner), Götting, Laupheim**;
 - 10 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern in **Aue, Bries, Bürgel, Chemnitz, Freiburg i. S., Furtwangen, Hohenstein-Ernstthal, Köslin, Mittweida, Mühlh., Neumarkt (Oberpfalz), Nordhausen, Rostlau, Sorau**;
- Ferner den Verwaltungsstellen in **Meuselwitz und Stargard** die Erhebung eines Extrabeitrags von 40 Pf. in je vierzehn Tagen, **Königsgrube** von 50 Pf. pro Monat, **Waldshut** zwei Extrabeiträge à 50 Pf., **Ensl** einen Extrabeitrag von 40 Pf. pro Monat

Januar, **Ludwigshafen a. Rh.** 3 Mk. pro Mitglied, **Martinlamitz** einen einmaligen Extrabeitrag von 1 Mk. **Nichtigekleid** wird, daß die Verwaltungsstelle in **Wannheim** nicht einen wöchentlichen Extrabeitrag von 3 Mk. erhebt, sondern von jedem Mitglied einen Extrabeitrag von 3 Mk. in wöchentlichen Raten à 30 Pf. einzieht.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 2a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Altenau**: Der Schlosser **Karl Horn**, geb. am 20. März 1883 zu **Manebach**, Buch-Nr. 339 829, wegen unkollegialen Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Kiel**: Der Schmiehdreher **Ludwig Bading**, geb. am 7. April 1873 zu **Hamburg**, Buch-Nr. 143 398, wegen Schädigung des Verbandes und fortgesetzter Quertreibereien.
- Auf Antrag der Einzelmitglieder in **Meißen**: Der Eisendreher **Gustav Rinze**, geb. am 1. Juni 1863 zu **Herrnsdorf**, Buch-Nr. 400 957, wegen Denunziation.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **München**: Der Fellenhauer **Franz Kaver Trautmann**, geb. am 30. September 1872 zu **Tafel**, Buch-Nr. 533 304, wegen unkollegialen Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Mühlheim a. Rh.**: Der Former **Johann Rötters**, geb. am 13. September 1873 zu **Biersen**, Buch-Nr. 665 266, wegen unkollegialen Verhalten.
- Auf Antrag der Einzelmitglieder in **Neugersdorf**: Der Former **Paul Krüger**, geb. am 14. Juli 1886 zu **Guben**, Buch-Nr. 614 523, wegen Diebstahl.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Oberhausen**: Der **Köln** **Johann Schiebahn**, geb. am 28. November 1880 zu **Köln**, Buch-Nr. 659 325, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Öffentlich gerügt wird auf Antrag der Einzelmitglieder zu Müglitz:

Das Mitglied **Richard Weiße** wegen Verbreitung von Unwahrheiten, die geeignet waren, den Verband und seine Vertreter zu schädigen und zu diskreditieren.

Wieder aufgenommen werden: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Freising i. B.** die in Nr. 13 1904 wegen Streibbruch ausgeschlossenen Former **Nikolaus** und **Georg Huber**, **Heinrich Schauer**, **Josef Dobmeier** und **Franz Obermeier**.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Schlosser **Philipp Scheerer**, geb. am 24. Mai 1875 zu **Ludwigshafen**, Buch-Nr. 494 608, nach einem von der Verwaltungsstelle in **Kassel** gestellten Antrag betreffend Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Röde-Straße 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Quittung

der Eingänge für die freireisenden Ruhrbergleute (bis 4. Februar).

- Von der Verwaltungsstelle: **Amberg** Mk. 68, **Bromberg** 15, **Frankfurt a. O.** 40, **Jürtenwalde** 120, **Jena**, **Mechaniker** 239,35, **Ludwigshafen** 200, **Martinlamitz** 10, **Neustadt a. Orla** 15, **Delitzsch** 10, **Terode a. S.** 15, **Radolfszell** 15, **Willingen** 42, **Wailingen** 10, **Altona** 1000, **Bürgel** 26,30, **Dietschheim** 10, **Erbach** 19,50, **Gaggenau** 20, **Geisauwald** 15, **Geesthacht** 2, **Jena**, **Allgemeine** 200, **Niederlauf** 100, **Odenburg** 40, **Potsdam** 40, **Saalfeld** 200, **St. Georgen** 147, **Schleswig** 30, **Schwennungen** 30, **Stauffurt** 75, **Weißenfels** 50, **Schönebeck** 100, **Mündenheim** 30, **Zimmerau** 20, **Frankenthal** 88, **Rauenberg** 12, **Briesen** 5, **Mugsburg** 253,35, **Cöslin** 50, **Cuzhagen** 20, **Halpe** 100, **Robur** 10, **Lauenburg** 30, **Meuselwitz** 100, **Mühlheim a. Rh.** 500, **Naumburg** 20, **Döffenburg** 10, **Degnhausen** 20, **Dietrichsholz-Scharnbeck** 30, **Bernigerode** 100, **Apolda** 50, **Warmen** 1000, **Wagreich** 10, **Eberswalde** 30, **Edigheim-Opau** 15, **Freising** 9, **Hall** 10, **Heilbronn** 67,20, **Herford** 40, **Ingolstadt** 15, **Kamphauen** 30, **Mühlhausen** i. S. 67,10, **Nienburg a. S.** 30,35, **Nürnberg**, **Schmiede** 100, **Pirmasens** 15, **Reppen** 20, **Schwabach**, **Allgemeine** 44, **Nadler** 60, **Sorau** 50, **Erier** 20, **Veitshau** 50, **Weimar** 50, **Zwönitz** 50, **Bant-Wilhelmshagen** 150, **Bielefeld** 1500, **Bremen** 91,03, **Diesbach** 30, **Efterwerda** 37, **Erfurt**, **Klempner** 25, **Göhl** 18, **Greiz** 30, **Hayna** 20, **Helmstedt** 15, **Hirschberg** 65,05, **Krefeld** 65,70, **Lollar** 50, **Mühlhof** 10,40, **Niedergartach** 30, **Neumarkt (Oberpfalz)** 26, **Neustrelitz** 10,20, **Nowawes-Neuendorf** 50, **Pinnerberg** 9, **Pries** 100, **Rathenow** 83,10, **Schwabach**, **Aluminiumschlagger** 17, **Zorgelow** 204,25, **Worms** 20, **Jorchheim** 5. Von den Einzelmitgliedern in: **Aue** 100, **Bauzen** 100, **Chemnitz** 2400, **Dresden** 200, **Frankenberg** 10, **Freiberg** 20, **Glauchau** 10, **Groißsch** 34,35, **Grüna** 30, **Großschönau** 16,65, **Leisnig** 20, **Neugersdorf** 112,60, **Plauen** 200, **Radeberg** 16, **Stegmar** 45,20, **M. Thomas**, **Bernsdorf** 22,65, **G. Pohl**, **Schternach** 1, **S. Hilpert**, **Mariendorf** 5, **Fr. Jirk**, **Miesbach**, **F. Kretschmar**, **Schönau (Waben)** 3, **G. Kolb**, **Schwabach**, **Ch. Königter**, **Lüdingen** 8, **C. Meyer**, **Wittfod** 7, **Arbeiter**: der **Maschinenfabrik Liebertsdorf**, **Oberlungwitz** 24,15, **Klempner** der **Werkstatt Roschen**, **Bergedorf** 20. Summa 14067,48, bereits quittiert 26414,44, im ganzen **40481,92** Mk.

Alle für die Bergarbeiter bestimmten Gelder sind getrennt von Verbandsgeldern an die Adresse des Hauptkassiers einzusenden und dürfen auf den Quartalsberechnungen nicht verrechnet werden. Wir ersuchen allmählich einzusenden, damit wir in gleicher Weise abliefern können. **Der Vorstand.**

Quittung

über die vom 1. bis 31. Januar 1905 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von: **Nachen** Mk. 900, **Abrecht** 279, **Altona** 1000, **Wittauer** 127,90, **Anklam** 34,80, **Arnstadt** 88, **Aischaffenburg** 250, **Bue** 5, **Wugsburg** 800, **Bamberg** 300, **Bergedorf** 454, **Willingen-Bietigheim** 48,72, **Bitterfeld** 100, **Blankenburg** 219,10, **Bochum** 80, **Bonn** 300, **Brade** 32,70, **Braunschweig** 1000, **Bremerhagen** 800, **Bretten** 80, **Brieg** 170, **Bünde** 100, **Bunzlau** 100, **Celle** 25,50, **Crimmitschau** 150, **Cuzhagen** 200, **Detmold** 50, **Dömlage** 93,40, **Döbeln** 200, **Dortmund** 500, **Dresden** 1000, **Düffelhof** 1300, **Ebersbach** 252,60, **Eberstadt** 160, **Edigheim-Opau** 138,74, **Eisenach** 600, **Elbing** 200, **Efterwerda** 250, **Emden** 100, **Erfurt**, **Klempner** 200, **Essen** 2400, **Esslingen** 600, **Fechenheim** 160, **Fenerbach** 200, **Fischerwalde** 200, **Frankenthal** 12,45, **Freising** 100, **Friedland** 70, **Furtwangen** 288,10, **Gaggenau** 220, **Geesthacht** 50,35, **Glogau** 100, **Göppingen** 317,58, **Grauberg** 70, **Grüna** 155,60, **Groißsch** 200, **Großschönau** 243,13, **Grüna** 80, **Güßlow** 170, **Hagen** 400, **Hall** 80, **Halle a. S.** 800, **Hamburg** 100, **Samela** 150, **Hannau** 850, **Hannover** 4000, **Harburg** 1300, **Hargersdorf** 688,95, **Heidelberg** 150, **Heidenheim** 400, **Heilbronn** 400, **Herford** 139, **Hildesheim** 400, **Hirschberg** 175, **Höchst** 240, **Ishoe** 100, **Jena** 125, **Mechaniker** 1214,15, **Kalbe** 76, **Kammern** 60, **Kattowitz** 100, **Kob-**

wang 189,48. Kiel 2400. Kirchheim 125,16. Königshütte 200. Kornweihen 220. Krosowig 113,68. Köthen 300. Kronenberg, Schleier 200. Köpenick 744,49. Lambrecht 100. Lämmerspiel 112,20. Landshut 60. Langenberg 62,72. Lauenburg 60. Laupheim 68,56. Linbach 200. Lörrach 50. Lübenfeld 300. Ludwigsburg 180,88. Lüneburg 234,28. Marienburg 100. Meiningen 74,47. Meuselwitz 400. Minden 170. Mittweida 125. Mühlhausen i. G. 100. Mühlheim a. Rhein 2140,08. Münsingen 116,25. München-Grabbach 200. Münster 100. Muskau 30. Neumarkt 100. Neusalz 24,75. Neustadt a. Harz 190,88. Neustadt i. S. 120. Nienburg 100. Nordensham 120. Nowawes-Neuendorf 200. Nürnberg: Formex 500; Schmied 600. Oberoden 308,08. Oberhausen 240. Oberursel 150. Oberau 132,60. Osnitz 90,35. Offenbach 800. Oldenburg 100. Osnabrück 300. Osterwieck 40. Pafewalk 60. Perleberg 172,50. Pflingstadt 200. Pirmasens 131. Posen 200. Pöschel 40. Potsdam 200. Quebitz 450. Rade v. Wald 360. Raguhn 125. Raffat 100. Ravensburg 50. Regensburg 150. Reichenbach 100. Remscheid 300. Rendsburg 100. Roth a. Saab 200. Ruhla 300. Romscheid 300. Rendsburg 100. Roth a. Saab 200. Ruhla 300. Saalfeld 400. Sangerhausen 150. Senftenberg 100. Singen 157,40. Speitz 53,05. Speyer 100. Suhl 180. Swinemünde 40. Schiffsche 350. Schley 92,34. Schmalfeld 150. Schmiedeburg 300. Schmollu 100. Schwabach, Feingoldschläger 847,39. Schweidnitz 100. Schweinfurt 300. Schwelm 200. Schwenningen 300. Stocum 517,17. Straßburg 380. Striegau 182,62. Stühli 508,88. Tangenmünde 16,42. Tönning 260,50. Torgelow 200. Trier 43,60. Urfen 180. Ulm 200. Varel 50. Vegesack 500. Vebitz 1000. Waiblingen 104,10. Waldshut 66,36. Waltershausen 90. Warstein 54. Weimar 150. Weinhelm 90. Weisensfeld 200. Werba 400. Werder 200. Wilhelmshagen 576. Wismar 200. Witten 100. Wolfenbüttel 312,18. Worms 100. Zeilenroda 400. Zorge 400. Zwönitz 150. Einzelmitglieder der Hauptkass 410. Für Erbsbücher 15,60. Notizkalender 1904 14,80. Notizkalender 1905 30,00. Zurückbezogene Schul von F. Fehrmann, Sonn 2. B. Birner, Konstanz 5. R. Körner Ruppertweg 35. G. Pappmeyer, Weselack 15. R. Jette, Wilhelmshagen 113,25. F. Böll, Mey 10. Sonstige Einnahmen 120.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einfender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Drechern, Formern und Schlossern nach Bamberg (Gebrüder Langhammer) M.; nach Stettin (Stoewer) St.;
von Drechern, Schleifern und Schlossern nach Köln-Chrenfeld (Wagha);
von Formern und Eisgießereiarbeitern nach Liegnitz (Wubisch) D.; nach Solingen (Wook, Inhaber: Stöcker); nach Torgelow in Pommern;
von Schmiedern, Drückern, Schleifern, Weizern, Drechern und Metallformern nach Berlin; nach Chemnitz (Wolzhien & Neubauer) St.; nach Erfurt, Ilversgehofen; nach Liegnitz (Schüler) D.;
von Härtlern nach Wald (Gm);
von Kesselschmiedern nach Dortmund und Umgebung; nach Kopenhagen (Zweigiederlassung der Brauerei- und Maschinenbau- und Maschinenbau-Unterschieds-Gesellschaft) St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Vohmann Fahrradfabrik) St.; nach Dessau (Waggonfabrik) M.; nach Furthwangen (F. Köpfer & Söhne, Maschinenfabrik) D.; nach Hannover (Waggonfabrik) St.; nach Neu-Sienburg (Emaillierwerk) St.; nach Stettin (Stoewer) D.;
von Metallarbeitern nach Düsseldorf (Marxmann & Petersmann) St.; nach Gerswalde (Lumitz) St.;
von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
von Schleifern und Polierern nach Vebitz (Schloßfabrik G. Juch) St.;
von Kesselhebern, Ofenhebern, Schmiedern, Drechern, Schlossern und Sichern nach Wien (Stahl- und Dreherwerk Döng & Co.) St.;
von Zinngießern und Schleifern nach Hilden bei Düsseldorf (Heimendahl & Keller) St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Ausperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Stoff-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Aus den Agitationsbezirken.

X. Bezirk.

Bericht über die Konferenz im Regensburger.

Die am 8. Januar abgehaltene Konferenz wurde vom Bezirksleiter, Kollegen Enßner, eröffnet. In das Bureau wurden gewählt: die Kollegen Fichtinger-München und Bernthal-Regensburg als Vorsitzende, Angler-Fürth und Kunstmann-Schwabach als Schriftführer, Kurich-Regensburg und Rud. Kempter als Führer der Rednerreihe.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht über die bisherige Tätigkeit des Bezirksleiters referierte Kollege Enßner. Im abgelaufenen Jahre entstanden im Bezirk verschiedene Differenzen mit den Unternehmern, die zum größten Teile zugunsten der Arbeiter geschlichtet wurden. Eine Reihe von Tarifverträgen wurden abgeschlossen in München, Nürnberg und Fürth. Die Tätigkeit des Bezirksleiters geht daraus hervor, daß er bei 45 öffentlichen, 15 Besonderen, 19 Reichstags- und 15 Mitgliederversammlungen, 10 Verwaltungssitzungen, 36 Kommissionssitzungen, 10 Vertrauensmannsitzungen, 6 unternehmern Revisionen, 37 Differenzen, 24 sonstigen Angelegenheiten, 9 Vertrauensmannsitzungen tätig war. Bei weiteren 26 verschiedenen Fällen waren Vertreter tätig. An fünf Orten wurden neue Verwaltungsstellen gegründet. Es sind dies die Orte Sindau, Forchheim, Hof, Mühlhof und Straubing. Eingegangen ist die Verwaltungsstelle Geraschwitz, deren Mitglieder sich teils der Verwaltungsstelle Katzwang und teils der Verwaltungsstelle Mühlhof anschließen. Der Jahresbericht konstatiert eine Einnahme von 634,54 Mk., eine Ausgabe von 657,06 Mk. und einen Kassensaldo von 257,48 Mk. - Kollege Enßner kritisierte auch die schlechte Höhe auf dem platten Lande und in den kleineren Städten, wo 8, 10 und 12 Mk. monatlich nicht zu den Seltenheiten gehören. In der Diskussion führte Kollege Steinerer-Fürth aus, daß in der Spielwarenbewegung und beim üblichen Streit der Bezirksleiter eine ganz verfehlte Taktik eingeschlagen habe. Ferner bemängelte er die von dem Bezirksleiter gepflegten Unterhandlungen hinter dem Rücken des Streikkomitees. Gasteiger-Bamberg und Kühmeth-Reichenbach wünschten mehr Berücksichtigung der kleineren Verwaltungsstellen. Högner-Nürnberg stellte die Vorwürfe und Beschwerden des Kollegen Steinerer-Fürth richtig. Wille-München meinte, daß der Bezirksleiter stets im innigen Kontakt mit den Verwaltungsstellen größerer Städte sein muß. Schwab-Landschut unterrichtete die Versammlung des Kollegen Wille. Kollege Enßner wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß im großen und ganzen die Delegierten mit seiner Tätigkeit einverstanden waren, er stelle die Beschwerden Steinerers richtig und wünschte ein weiteres Zusammenarbeiten der Verwaltungsstellen mit dem Bezirksleiter.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur nächsten Generalversammlung“ referierte Kollege Massatsch-Stuttgart in ausführlicher Weise. Noch keine Vorlage des Vorstands habe weniger Gegner gehabt als diese und dies sei ein günstiges Zeichen. Durch den Ausbau des Unterstützungsweffens würde der Verband eine neue Verbetrafft erhalten. Er empfahl die einstimmige Annahme der Vorlage. Weber-München wendete sich darüber, daß in der Zeitung sehr wenig gegen die Vorlage geschrieben würde. Es sollten auch die Schattenseiten vorgeführt werden. Nebner glaubt nicht, daß mit einem Beitrag von 10 Pf. das Gebotene gehalten werden kann. Emmerling-Fürth sprach für die Vorlage und wünschte die Herabsetzung der Karenzzeit auf drei Tage. Ahlgrimm-Lauf ist für die Vorlage: die Unterstützungsdauer sei auf 13 oder 15 Wochen festzusetzen. Wackerreuther-Nürnberg sprach für Abänderung der Vorlage. Die Streik- und Maßregelungsunterstützung soll ausgebaut und den weiblichen Mitgliedern soll Entbindungsgeld gewährt werden. Im ganzen ist er für Herabsetzung der Unterstützungsdauer. Höllner-Fürth bestritt die Abschaffung der Karenzzeit. Umrath-Nürnberg sprach sich für Einführung der Krankenunterstützung aus und wünschte, daß der Verband nach und nach die Krankenkasse abbaue. Kühmeth-Reichenhall trat für die Befestigung der Karenzzeit ein und wünschte über die Vorstandsvorlage eine Urabstimmung. Pregler-Ingolstadt und Genter-Pegnitz sprachen für die Vorlage und Abschaffung der Karenzzeit. Gasteiger-Bamberg bekannte sich als prinzipieller Gegner des Unterstützungsweffens, er sei jedoch für den Ausbau der jetzigen Unterstützungseinrichtungen; er wünschte dem Vorstand, ein halbes Jahr nach Bamberg verjetzt zu werden, um die Leute kennen zu lernen. Massatsch-Stuttgart: Durch die Unterstützungseinrichtungen würde der Kampfescharakter des Verbandes nicht beeinträchtigt. Dies beweisen die im vergangenen Jahre stattgefundenen Streiks. Es sei unmöglich, die Karenzzeit zu verringern oder ganz abzuschaffen. Steinerer-Fürth wünschte die Auszahlung des Sterbegeldes durch die Ortsverwaltung. Für invalide gewordene Mitglieder soll der Beitrag herabgesetzt, die Maßregelungsunterstützung soll erhöht, bei Streiks und Maßregelungen die Ledigen den Verheirateten gleichgestellt werden. Göpfert-Köfenheim erklärte sich für die Vorlage, wünscht aber Urabstimmung. Kunstmann-Schwabach sprach für die Vorlage, stellte jedoch den Antrag, bei der Unzulänglichkeit der Kilometerzahl von 30 auf 15 Kilometer festzusetzen. Die bisherigen Sätze sollen beibehalten werden. Wähler-München trat für die Beibehaltung der Karenzzeit ein. Schuster-Noth sprach für die Vorlage, Schmidt-Wahren für Herabsetzung der Karenzzeit auf drei Tage. Pregler-Ingolstadt wünschte für Lehrlinge ermäßigten Beitrag. In seinem Schlusswort stellte Kollege Massatsch verschiedene Punkte richtig, entgegnete den einzelnen Rednern und ersuchte um Annahme der von ihm eingebrachten Resolution: „Die heutige Konferenz des zehnten Bezirkes erklärt sich mit der Vorstandsvorlage über den Ausbau des Unterstützungsweffens im Verband einverstanden, die amnestierten Delegierten versprechen, in ihren Verwaltungen für die Durchführung derselben zu wirken.“

Diese Resolution wurde mit 15700 gegen 1600 Stimmen (Zahl der vertretenen Mitglieder) angenommen. Der Antrag Emmerling-Fürth, die Karenzzeit auf drei Tage herabzusetzen, wurde mit 20 gegen 18 Stimmen der Delegierten abgelehnt. Der Antrag Kunstmann-Schwabach, die Kilometerzahl von 30 auf 15 Kilometer herabzusetzen, wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Der nächste Gewerkschaftskongress und Wahl eines Delegierten“ referierte Kollege Enßner. In längeren Ausführungen wies er nach, wie notwendig es sei, endlich einmal auf dem Gewerkschaftskongress ein ernstes Wort zu reden. Die Grenzstreitigkeiten, der Mitgliederhang der kleinen Organisationen und das Weiterbestehen der Lokalorganisationen müsse aufhören. Eine weitere wichtige Angelegenheit, die den Gewerkschaftskongress beschäftigen werde, sei die Abschaffung der Arbeiterkassen am 1. Mai. - Nach kurzer Debatte wurde Kollege Enßner als Delegierter gewählt.

Kollege Bernthaler-Regensburg sprach darauf den Regensburger Kollegen den Dank für die freundliche Aufnahme aus und schloß mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband die Konferenz.

Korrespondenzen.

Formex.

Siegnitz. Am 28. Januar wurde hier eine öffentliche Versammlung, die von unserer Ortsverwaltung einberufen war, abgehalten. Die Tagesordnung lautete: „Die Mißstände der Eisgießerei und Maschinenwerke Gubitz.“ Referent war Bezirksleiter Schlegel. Schon seit Bestehen der Firma haben sich Mißstände bemerkbar gemacht, die bis ins Unerträglich gewachsen sind. Zu wiederholten Malen sind von den Formern Kommissionen gewählt worden, die bei der Firma vorstellig wurden, sie sind aber jedesmal mit dem Bemerkten kurz abgewiesen worden, daß Mißstände überhaupt nicht vorhanden seien. Im übrigen aber lehnte es die Firma ab, mit einer Kommission, die von den Formern gewählt wurde, zu verhandeln. Durch reichhaltiges Material gelang es dem Referenten, ein anschauliches Bild über die Firma zu entrollen, das jeder Beschreibung spottet. Er betonte, daß er, nachdem vom Formeremeister Gottschalk die ehrenwörtliche Erklärung abgegeben wurde, die Mißstände so schnell wie möglich zu beseitigen, heute nicht auf alles eingehen zu wollen. Er habe sich mit dem Formeremeister dahin geeinigt, der Firma zur Befreiung aller Mißstände eine Frist von drei Wochen zu gewähren. Bei den jetzigen Verhältnissen sei es den Formern unmöglich, noch länger arbeiten zu können. Formlöcher, die zu einem Stübe gemacht worden sind, müssen bei jeder neuen Arbeit umgearbeitet werden, da ein großer Mangel an solchen vorhanden ist. Nicht einmal ein ganzes Sieb ist vorhanden. Wasseremmer und Gießsäumen scheinen auch gänzlich unbekannt zu sein. Der Formex ist gezwungen, sich die Kästen selbst zu verbauen, ohne dafür auch nur die geringste Entschädigung zu erhalten und fehlt es auch hier wieder an allem. Die Firma läßt es am liebsten, wenn sich der Formex das Holz, das er zum Verbauen braucht, selbst mitbrächte. Auszubeh, der auch ohne jegliches Verschulden des Formers entsteht, wird nicht bezahlt. Nach der ganz ungeliebten Arbeitsordnung ist der Formex sogar verpflichtet, für das Auszubeh eine Entschädigung zu zahlen. Das Gutmateriale entspricht den Anforderungen nicht, es müssen meistens alle Reibmaschinen, Kochtöpfe und dergleichen geschmoolen werden, so daß es dem Formex nicht möglich ist, in diesem Betrieb auch nur ein einziges Mal ohne Auszubeh zu arbeiten. Daher kommt es, daß Verdienne von 30, 34, und 36 Mk. in 14 Tagen keine Seltenheiten sind. Anerkannt muß ja werden, daß auch Söhne von 45 und 52 Mk. erzielt worden sind. Die Heizung in der Gießerei ist ebenfalls schlecht. Kollege Schlegel fordert alle Anwesenden an, soweit sie noch nicht organisiert sind, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Formex bei Gubitz einverstanden. Die Versammelten sprechen die Erwartung aus, daß angeichts der geradezu ungelieblichen Mißstände die Formex alles daran setzen, Abhilfe zu schaffen. Da nun der Meister Gottschalk im Namen der Firma erklärt hat, daß alle Mißstände in kurzer Zeit, spätestens aber in drei Wochen beseitigt werden sollen, so erwartet die Versammlung, daß dies auch geschieht. Sollte wider Erwarten die Firma ihr Versprechen nicht halten, so ist die Versammlung damit einverstanden, daß unter Hinzuziehung des Kollegen Schlegel die Formex weitere Schritte unternehmen. Sollten etwa wegen der heutigen Versammlung Maßregelungen stattfinden, so wird, das Bureau der heutigen Versammlung beauftragt, sofort eine neue Versammlung einzuberufen, die dazu Stellung nehmen wird.“

Metallarbeiter.

Regensburg. In der am 21. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung erläuterte der Bevollmächtigte, nachdem die Abrechnung

vom 4. Quartal zur Kenntnis gebracht und für richtig befunden war, den Jahresbericht, aus welchem wir nur einiges herausgreifen wollen. Die Einnahme, inklusive des Kassensaldos vom 31. Dez. 1903 in Höhe von 304,70 Mk. betrug 2202,70 Mk., der eine Ausgabe von 2169,51 Mk. gegenüberstand. Unter der Ausgabe befinden sich unter anderem folgende Posten: an die Hauptkasse eingelaufen 13900 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 2740,53 Mk., Reisegeld 780,60 Mk., Unterstützung nach § 2c 314 Mk., Unzulagsunterstützung 80 Mk. etc. Die Lokalkasse bilanzierte in der Einnahme und Ausgabe mit 3209,81 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1903 1062. Im Jahre 1904 sind eingetreten 252, übergetreten 10, zugewieft 141, in Summa 1465. Abgegangen sind in der Zeit 317, so daß am 31. Dezember 1904 die Mitgliederzahl 1148 war. Fanden im abgelaufenen Jahre auch keine Arbeitslosenunterstützungen statt, so konnten doch verschiedene Verschlechterungen abgemindert werden. Was die Geschäftslage am Orte betrifft, so ist diese nicht als eine gute zu bezeichnen. In der hiesigen Nähmaschinenindustrie, die in erster Linie in Frage kommt, ist der Geschäftsgang ein flauer, was seine Ursache in dem russisch-japanischen Kriege haben dürfte, da der Export von hier nach Rußland zurückging oder aufhörte. Allerdings sucht man auch nach anderen Gründen. In der Fabrik von Herrn Köhler zum Beispiel will man die Konkurrenz der amerikanischen Kleidinger Gesellschaft verantwortlich machen, ja, man ging in genannter Fabrik so weit, daß man Arbeiter, die seit Jahren im Besitz einer Kleidinger Nähmaschine waren, aus Plastik warf. Gewiß sehr kleinlich vom Fabrikanten; noch kleinlicher ist es vom Obermeister Groß gehandelt, wenn er sich in eigener Person in derartigen Ausschweifungen besonders hervortut. Will man sich gegen die amerikanische Konkurrenz wehren, so bietet man den Käufern die Vorteile bei der Abzahlung wie die Konkurrenz. Die Arbeiter sind meistens nicht in der Lage, eine Nähmaschine bar zu bezahlen, sie gehen deshalb eben dahin, wo ihnen die bessere Gelegenheit geboten wird. Sehr traffe Zusätze bezüglich der Luftverhältnisse sind in der Maschinenfabrik von W. Bestlein vorhanden. In der Werkstat befindet sich eine Sauggasanlage zum Ausprobieren, die viele giftige Gase in die Werkstatt entweert, da die Rohrleitung selten dicht verschraubt wird; in der Gießerei ist schon mehrfach vorgekommen, daß das Abzugrohr überhaupt nicht angeschraubt wurde und so die ganzen Gase in die Werkstatt kamen. Fachzeitungen schreiben, daß das Sauggas das allergiftigste Gas ist; wenn der Herr Ingenieur meint, er müsse das Gift auch einatmen, so sei bemerkt, daß er nach 10 bis 15 Minuten wieder keine Wege geht, die Arbeiter aber 10 Stunden außer den Überstunden in der Werkstatt arbeiten und die ganze Zeit dieses Gift einatmen müssen. Ventilation ist außer den Fenstern nicht vorhanden, das Dünnen derselben hat aber namentlich bei der jetzigen Jahreszeit die schwersten Folgen für die Gesundheit der Arbeiter. Wir wollen hoffen, daß der Fabrikinspektor, dem diese Sache unterbreitet ist, Remedur schafft. Allerdings hätte man meinen sollen, daß der Inhaber Formex aus eigenem Antrieb etwas für die Arbeiter in dieser Beziehung getan hätte, da etwa zwei Jahre lang mit Überstunden gearbeitet wurde und er einen ziemlich hohen Verdienst eingestekt haben dürfte, aber - so viel Einsehen haben nun einmal die Herren Fabrikanten nicht immer.

Berlin. Regelung des Überstundenwesens in den Siemens-Halske- und Siemens-Schuckert-Werken. Am 8. Januar befaßte sich eine große Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Werke in der Neuen Welt mit einem Maß der Betriebsleitung, der die Regelung des bis dahin förmlich wilden Überstundenwesens folgendermaßen festsetzen wollte: „Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, an allen Wochentagen im Bedarfsfall auf Anordnung der Werkstattleitung bis zu zwei, in dringenden Fällen auch noch mehr Stunden über die in der Arbeitsordnung festgesetzte Zeit hinaus zu arbeiten, soweit nicht Bestimmungen der Gewerbeordnung entgegenstehen.“ Alle mehr als neun Stunden pro Tag gearbeiteten vollen Arbeitsstunden sollten als Überstunden angesehen und mit 20 Prozent Lohnzuschlag bezahlt werden. Demgegenüber beauftragte die Versammlung den Arbeiterausschuß, bei der Direktion folgende Regelung zu beantragen: Überstunden sind nur in dringenden Notfällen zu machen, zum Beispiel bei Gefahr von Menschenleben oder bei Naturereignissen, bei notwendigen Reparaturen oder wenn andere Abteilungen auf Vorarbeiten warten, oder schließlich bei Arbeiten, für deren nicht rechtzeitige Lieferung nachweislich hohe Konventionalstrafen vereinbart sind. Sind in solchen Fällen Überstunden notwendig, so ist ein dahingehender Beschluß der betreffenden Werkstattdirektion über Zahl und Dauer der Überstunden durch Ausblassung in der in Frage kommenden Abteilung betanzuzugeben und vom Obmann und Stellvertreter des Arbeiterausschusses gegenzuzeichnen. Ferner wurde für Überstunden ein Lohnzuschlag von 25 Prozent gefordert. Die Angelegenheit war so ernst, daß größere Differenzen auf dem Werke auszubrechen drohten. Es haben nun Verhandlungen der Generaldirektion mit dem Arbeiterausschuß stattgefunden. Dabei glaubte es die Direktion sich nicht versagen zu dürfen, den Ausschussmitgliedern eine Art Gardinenpredigt zu halten dafür, daß diese sich zu sehr vom Metallarbeiter-Verband beeinflussen ließen. Schließlich kam es aber doch zu einer Verständigung, wenn auch den Wünschen der Arbeiter noch bei weitem nicht Rechnung getragen wurde. Die Direktion zog ihren früheren Maß zurück, bewilligte alsdann den 25prozentigen Lohnzuschlag für Überstunden von der vollendeten neunten Arbeitsstunde ab und gestattete die Regelung des Überstundenwesens auf folgender Grundlage: „Eine etwa notwendig werdende Verschiebung, Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit für den ganzen Betrieb oder für Teile desselben oder für einzelne Arbeiter wird den Betreffenden durch Ausblassung gemäßigt am Tage zuvor besonders mitgeteilt, und ist diese veränderte Arbeitszeit von den Betreffenden einzuhalten. In dringenden Fällen können für einzelne Arbeiter Bewilligungen stattfinden. Für Sonnabend sollen Überstunden im allgemeinen nicht angeordnet werden.“ Damit ist wenigstens der Willkür der Meister, nach Belieben Überstunden zu kommandieren, ein Riegel vorgezogen; auch wirkt die Neuregelung bis zum gewissen Grade ausgleichend auf die Verschiedenartigkeit der Arbeitszeit in den einzelnen Geschäften der Firma. In zwei stark besuchten Versammlungen, von denen die eine für das Stadtgeschäft am Dienstag den 31. Januar im Gewerkschaftshaus und die andere für die Charlottenburger Werke der Franklin- und Helmholtzstraße sowie das Kabelwerk am Nonnendamm am Mittwoch den 1. Februar in der Kronenbrauerei abgehalten wurde, beschäftigten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma nunmehr mit dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Direktion und Arbeiterausschuß. Nach Ansprachen des Bevollmächtigten Wieseenthal vom Metallarbeiter-Verband und reger Diskussion wurde in beiden Versammlungen schließlich folgende Resolution angenommen: Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Siemens-Halske- und Siemens-Schuckert-Werke nehmen Kenntnis von dem Resultat der Verhandlungen der Fünfzehnerkommission und erklären: „In Anbetracht der Verschiedenheit der Arbeitszeiten in den einzelnen Werken der Firma nimmt die Versammlung die Zugeständnisse des Gesamtvereins als Abzugszahl an. Die Versammelten sind der Meinung, durch diese Regelung der Überstundenbezahlung wird das Überstundenwesen an Ausdehnung verlieren und jeder einzelne mehr Zeit auf einen genügenden Verdienst bei normaler Arbeitszeit legen. Zur Kontrolle dieser Vereinbarungen verpflichtet die Versammlung die Vertrauenspersonen. Nur dadurch wird es den Arbeiterausschüssen möglich sein, etwaige Verletzungen der Arbeitsordnungen durch Verhandlungen mit den Direktionen zu beseitigen. Aus der ganzen Bewegung haben die Versammelten gelernt, daß nur eine gute Organisation in der Lage ist, ihre Interessen zu vertreten. Deshalb verpflichtet sie sich, treu zu derselben zu halten und die wenigen Fernstehenden zu derselben heranzuziehen.“

Breslau. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 23. Januar die regelmäßige Quartalsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier; 2. Bericht von der Bezirkskonferenz für Schleien; 3. Abrechnung vom vierten Quartal; 4. Jahresbericht; 5. Wahl der Kartelldelegierten; 6. Wahl der Kaufkommission. Der wichtigste Punkt war die materielle Unterstützung der streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier. Kollege Haback entwarf ein Bild von den traurigen Verhältnissen der Erkrankten,

und erachtete es als ein Gebot der Pflicht und Solidarität, diese nach Kräften zu unterstützen. Die Verwaltung schlug der Versammlung vor, daß sofort 500 Mk. als Voranschuß bewilligt werden und für die Dauer des Streiks eine Extrasteuern von 10 Pf. pro Woche bezahlt wird. Die Beträge erschienen der Versammlung zu niedrig, einige Kollegen traten für einen höheren Betrag ein. Es wurde einstimmig folgender Antrag angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung beschließt, zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier während der Dauer des Streiks einen wöchentlichen Beitrag von 15 Pf. zu erheben, mindestens aber auf die Dauer von vier Wochen. Zur sofortigen Unterstützung werden 1000 Mk. aus der Kassa als Voranschuß bewilligt.“ Alsdann gab Kollege Altner einen Bericht von der Bezirkskonferenz, an der sich eine Diskussion knüpfte. Wir derselben nahmen die Kollegen Hanse, Haback und Seidel teil. Kollege Philipp erstattete den Kassenbericht für das vierte Quartal 1904. Der Ortsverwaltung wurde Entlastung erteilt. Zum Jahresbericht, der der Versammlung gedruckt vorlag, machte Kollege Haback nähere Angaben, denen wir folgendes entnehmen: Trotz der günstigen Geschäftskontinuität versuchten die Unternehmer es verschiedentlich, die ohnehin schon schärfen Lohn- und Arbeitsbedingungen noch mehr herabzusetzen. In einigen Fällen kam es zu Arbeitsentlassungen. Zunächst waren es die Hauslöcher und Schmiede, die es unternahmen, ihre erbärmliche Lage aufzubessern. Die Lohnbewegung war, wie bekannt, von Erfolg begleitet. Bei den Elektromonturen und Hilfsmonturen war gleichfalls eine Lohnbewegung geplant, wegen des ungünstigen Organisationsverhältnisses wurde aber davon Abstand genommen. Nur die Kollegen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft reichten ihre Forderungen am 15. August bei der Direktion ein. Es wurde eine Einigung erzielt, die den dort beschäftigten Arbeitern eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde brachte. Am 30. September sahen sich die Former und Gießereiarbeiter der Firma Klemna genötigt, die Arbeit einzustellen. Die Firma beabsichtigte nämlich, die Preise erheblich zu reduzieren. Die Polizei hat bei dieser Gelegenheit ihr möglichstes, zu verhindern, daß die Arbeiter von dem ihnen gewährleisteten Vereinigungsrecht Gebrauch machen könnten, wie es bei Streiks erforderlich ist. Der Kollege Haback wies auch auf das Verhalten der Schlesischen Zeitung hin, die es nicht unterließ, die Polizei scharf zu machen. Am 29. Oktober wurde der Lohnkampf abgebrochen, weil sich in genügender Zahl Arbeitswillige fanden. Differenzen sind auch bei der Firma Beckmann vorgekommen, die durch die Ortsverwaltung beigelegt worden sind. Die Ortsverwaltung kann auf ein befriedigendes Resultat im verfloffenen Geschäftsjahr zurückblicken, sowohl was die Steigerung der Mitgliederzahl wie das Wachstum der Einnahmen anbelangt. Ohne Überhebung kann gesagt werden, daß die Organisation ein erhebliches Stück vorwärts gekommen ist. Ende 1903 hatte die Verwaltungsstelle 2004 Mitglieder (die Sektion der Klempner mit eingerechnet) am Schlusse 1904 2669. Im Jahre 1903 erzielte sie eine Einnahme von 30665,69 Mk., im Jahre 1904 dagegen 45509,01 Mk. Die Beitragsleistung ist eine regelmäßige und pünktlichere geworden. Im Berichtsjahr haben 305 Mitglieder für 5383 Tage Arbeitslohnunterstützung erhalten. Über die Tätigkeit der Verwaltung ist folgendes zu bemerken: Es sind 23 öffentliche, 8 Mitglieder- und 190 Werkstattversammlungen abgehalten worden. Aus der Verbandsbibliothek sind 292 Bände ausgeliehen worden. Kollege Haback tadelte die geringe Veranlagung der Bibliothek und ermahnte die Kollegen, fleißigeren Gebrauch von ihr zu machen. Die Verwaltung hat zur Vervollständigung der Bibliothek 200 Mk. in den Etat eingestellt und stellte den Antrag auf Verlegung der Bibliothek vom Gewerkschaftshaus in das Verwaltungsbureau. Der Antrag wurde angenommen. Unter den Ausgaben verdienen folgende Posten hervorgehoben zu werden: Ortsunterstützung 6588,71 Mk., Streikunterstützung 1313,35 Mk., Maßregelung und Unterstützung nach § 2c 1468,20 Mk., Hochschuß 499 Mk., Umsatzunterstützung 448,90 Mk. An die Hauptkasse gefandt: 21000 Mk. Der Kassenbestand am 31. Dezember 1904 beträgt 852,35 Mk. Die Kassa hatte eine Einnahme von 3019,47 Mk. Von den Ausgaben haben wir einige Posten hervor: Ortsliche Agitation 360,03 Mk., Sterbegeld 322,80 Mk., Arbeiterskretariat 820 Mk., Streikunterstützung 594,20 Mk., streikende Kollegen Berlin 200 Mk., Entschädigung der Hauskassierer 2629,14 Mk. Kollege Fabich berichtete über das Gewerkschaftskartell. Haback knüpfte daran einige Ausführungen über die leidigen Grenzstreitigkeiten mit dem Verband der Handelskassierer und teilte die Auffassung, daß der Agitation dieses Verbandes in Betrieben der Metallindustrie entgegengetreten werden müsse. Zu Delegierten für das Kartell wurden gewählt die Kollegen Anders, Gerhardt, Hanse, Philipp, Fischler und Weghaupt. Als Mitglieder der Kaufkommission wurden gewählt: Friedrich, Meise, Oskar Schütz und Paul Hanse.

Darmstadt. Endlich hat es unter den hiesigen Metallarbeitern zu dämmern angefangen. Lange Zeit wollte es hier nicht vorwärts gehen, aber im vorigen Jahre haben wir Fortschritte gemacht, wir steigerten unsere Mitgliederzahl um über 300, auf jetzt 600, bei der Zahl der hier beschäftigten Metallarbeiter freilich noch viel zu wenig. Doch wir hoffen, daß sich das Bild noch ändern wird, es heißt eben lächlich weiterarbeiten, dann werden wir auch in Darmstadt bessere Verhältnisse erringen. Eine ganze Reihe Agitatoren sind ja für uns teils tätig; wir wollen sie hier nicht alle aufzählen, aber zwei, die sich ganz besonders hervortun, müssen wir bekanntgeben. Es sind dies die beiden Meister der Armaturenfabrik vormals P. Graf, Thünemann und Löwe heißen die zwei Streiter. Sie arbeiten mit allen zu Gebot stehenden Mitteln für uns, wenn auch unfreiwillig, besonders Obermeister Thünemann ist als ein Muster von Höflichkeit, anständigem Benehmen und freundlichem Entgegenkommen im Verkehr mit den Arbeitern zu bezeichnen, seine Lichtheit und Kenntnisse im Beruf können nicht hoch genug gepriesen werden. Ja, viele behaupten, der Inhaber könnte die ganzen Arbeiter entbehren, die Meister bräuchten alle Dummheiten allein fertig. Nur einen Fehler hat der gute Mann, er glaubt nämlich, alle Arbeiter wären schwerhörig, deshalb brüllt er den ganzen Tag wie ein — Er sowohl als auch sein Kollege, der Gießereimeister Löwe, machen jeden zusehenden und einzufließenden Arbeiter auf den Verband aufmerksam, mit dem Erfolg, daß schon eine ganze Anzahl bei uns eingetreten sind infolge des Hinweises der Meister. Löwe hat noch seinen Sohn zur Stütze, der schon einmal in den Spalten dieser Zeitung gefaßt hat. Erst um die Weihnachtszeit haben die beiden Löwen es fertig gebracht, einen älteren verheirateten Kollegen hinzuwerfen, wahrscheinlich weil er schon lange in der Organisation ist. Jedenfalls um ihn zu schonen, gaben sie ihm lauter kleine Stücke zu machen, hatten aber dabei ganz übersehen (oder war's Absicht?), daß es dem Kollegen nicht möglich war, mehr als 7 bis 8 Mk. in drei ganzen Tagen zu verdienen. Doch auch sie werden ihren Lauf erhalten; als Meister sterben sie jedenfalls nicht in dieser Gube, es müßte dies denn sehr bald geschehen. Die Bude soll für Meister sehr gesund sein, denn bis jetzt ist, so viel dem Schreiber dieses bekannt, noch kein Meister darin gestorben, und es waren schon eine ganze Anzahl darin. Noch eins muß erwähnt werden, die Meister und der Inhaber der Firma gehen in ihrer Fürsorge sogar so weit, daß sie den jüngeren Kollegen empfehlen, nur mit den vor ihnen bezeichneten Mitarbeitern zu verkehren, damit sie durch die anderen nicht verdorben würden, denn die seien alle im Verband. Die Scheu vor dem Verband wird man begreifen, wenn wir anführen, daß dieser es war, der den Fabrikinspektor veranlaßte, die Leitung der Fabrik auf die Schwemmer im Abort u. s. w. aufmerksam zu machen. Daher die große Zuneigung. Diese Zeiten haben bloß den Zweck, den Herren unseren Dank für ihre Tätigkeit abzuspielen und erlauben wir sie, nur fleißig zu weiter zu fahren, dann werden sie mit dazu verhelfen, daß wir in die Lage kommen, unseren Dank auf eine noch nachdrücklichere Art an den Mann zu bringen. Über die sonstigen Verhältnisse in dieser Fabrik als auch in den anderen Betrieben am Platze wollen wir heute nichts mehr bringen, denn es tut einem die Wahl wehe, wo man anfangen soll.

Dessau. Der Streit in der Dessauer Waggonfabrik ist am Freitag den 20. Januar in einer Versammlung im „Alten Fries“ für beendet erklärt worden. Dem Beschluß ging eine sehr lebhaft diskutierte voraus. Die Streikleistungen und auch der anwesende Bezirksleiter Kollege Pof machten es den Streikenden klar, daß ein Weiter-

führen des Kampfes aussichtslos sei. Und das mit Recht. Denn die Situation hatte sich in den letzten Wochen wider Erwarten so zugunsten der Fabrik geändert, daß ein Erfolg für die Streikenden ausgeschlossen sein mußte. In letzter Zeit hatte die Fabrik so viel Streikbrecher bekommen als sie nur haben wollte. Trotz alledem wurde noch von verschiedenen Rednern für Fortführung des Kampfes gesprochen. Die Abstimmung ergab aber doch eine Mehrheit für Aufhebung des Streiks. Die Mehrzahl der Kollegen hatte erkannt, daß ein Kampf, der so wenig Aussicht auf Erfolg hat, auch abgebrochen werden muß. — Wir wollen hier noch einige Einzelheiten anführen, die so recht beweisen, wie Regierung und Unternehmer Hand in Hand gehen, wenn es gilt, die Arbeiter in ihren Bestrebungen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern. So wurden auf Verlangen der Direktion vor der Fabrik und in der Nähe täglich vier Schutzleute postiert, solange der Streik währte. Ohne daß die Ausständigen irgend welche Veranlassung dazu gegeben hätten, wurde dieses von der Regierung verfügt. Bei der ersten Einigungsverhandlung erklärte Direktor Bäumler, daß es für ihn keine Arbeiterorganisationen gäbe, daß diese von ihm nicht geteilt wären! Herr Bäumler hat aber in den letzten 14 Wochen jedenfalls schon bemerkt, daß die Organisationen der Arbeiter nicht nur zu Recht existieren, sondern, daß sie ihn auch nicht sehen könnten, wenn ihnen damit allein geholfen wäre. Die Verbände sind dem Manne so un bequem geworden, daß er von jedem, der in der Fabrik arbeitet, eine Bescheinigung über den Austritt aus seiner Gewerkschaft verlangt. Auch ist er sehr neugierig, ob die Sperre aufgehoben ist. Ob er die schwarze Piste wieder einbezogen, die er an seine Kollegen gefandt, hat er noch nicht verraten. Auch des Betriebsleiters Lindthaler sei noch einmal gedacht. Was dieser Herr geleistet hat beim Streikbrecherfuchen, ist einer besseren Sache würdig. Der Mann besitzt auch viel Bildung, wir haben das schon in einem früheren Artikel hervorgehoben. Hier noch eine Probe. Als er einmal einen Streikbrecher vom Bahnhof abholte, wurde dieser von einem Streikposten angehalten. Darauf brüllte Herr Lindthaler den Posten an: „Was wollen Sie denn, haben Sie Sch... in den Hofen oder haben Sie schon Hunger.“ Dieser Auspruch kennzeichnet den ganzen Mann. Die Kollegen werden gut tun, wenn sie diesen Herrn im Gedächtnis behalten.

Erfurt. Die Firma G. A. Kleemann ist fortwährend bemüht, Drucker und Gürtler in ihren Betrieb zu bekommen. Sie hat aber glücklicherweise wenig Erfolg, da alle Inkerate in den bürgerlichen Vätern an der Solidarität des besseren Teiles der Kollegen scheitern. Bekümmert sich wirklich einmal ein Kollege hierher, so geht er schweigend wieder, weil eben in Erfurt nichts zu holen ist. Nur einige minderwertige Elemente gefanden sich in der Rolle der Arbeitswilligen. In Nr. 48 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre ist bereits eine Andeutung gegeben, daß eine Firma angebroht habe, nach Weihnachten Abzüge vorzunehmen, und wenn das nicht passe, der fliege. Heute sind wir in der Lage, mitteilen zu können, daß die Firma G. A. Kleemann es gewesen ist. Diese konnte aber nicht warten bis nach Weihnachten, sie ist schon anfangs Dezember, nach beendeter Saison an. Den Gürtlern wurden neue Muster, Kronen und Typen für Preise angeboten, die geeignet waren, den Kollegen den Brotkorb beträchtlich höher zu hängen. Bezüglich der Typen wurde eine einigermaßen annehmbare Einigung erzielt. Eine Werkstattversammlung beschloß, eine Kommission vorstellig werden zu lassen, was auch geschehen ist. Als vorläufiges Resultat konnte festgestellt werden, daß eine Krone, um die es sich hauptsächlich handelte (geboren wurde pro Stück 1,40 Mk., die Gürtler verlangten mindestens 3 Mk.), nicht in Arbeit gegeben wurde. Die Kollegen waren der Ansicht, die Sache sei zu Ende. Aber es kam anders. Am Nachmittag des betreffenden Tages wurde in der Gürtlerei folgendes angeschlagen: „Die Arbeitszeit beginnt von jetzt ab bis auf weiteres in der Gürtlerei morgens 7 Uhr und endet abends 5 Uhr. G. A. Kleemann.“ Da nun Herr Kleemann im Laufe einer früheren Unterhandlung mit einer Kommission erklären ließ, bei ihm würde die Arbeitszeit nicht eingeschränkt und da auch sonst kein zwingender Grund zu einer Änderung vorlag, nahmen die Gürtler an, daß man sie nur schikanieren wolle. Die Folge davon war, daß einige Kollegen dem Betrieb den Rücken kehrten, worauf von der Firma der ja noch Zettel wieder entfernt wurde. Am Sonntagabend den 10. Dezember wurde einem Kollegen vom Werkmeister Naumann bedient, er sei entlassen, weil er sich nach anderer Arbeit umgesehen habe. Diese lächerliche Begründung erscheint aber erst im rechten Lichte, wenn man bedenkt, daß der Kollege der Sprecher der erwähnten Kommission war. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dieser Entlassung eine Maßregelung erblickt. Zu gleicher Zeit wurde aber auch ein Dreher entlassen, dem der Werkmeister erklärte, er sei dem Chef zu teuer. Auch diese Angabe kommt einem komisch vor, weil der Kollege vor längerer Zeit selbst aufhören wollte und die Firma sich bemühte, ihn zu halten, indem sein Lohn von 45 auf 49 Pf. pro Stunde erhöht wurde. Außerdem brauchte er auch nicht mehr in Afford zu arbeiten. Und jetzt nun diese plötzliche Entlassung? — Da nun, wie bereits erwähnt, die Saison zu Ende war, konnten die Kollegen (um weitere Maßregelungen zu verhindern), es nicht wagen, Stellung dagegen zu nehmen, deshalb unternahm es die Ortsverwaltung, bei Herrn Kleemann vorstellig zu werden. Sie erschien am nächsten Montag vormittag im Kontor und mußte die Erfahrung machen, daß Herr Kleemann nicht den Mut hatte, Rede und Antwort zu stehen. Er ließ sich vielmehr durch einen Bureaubeamten mit der Begründung verlegen: „Vor Weihnachten sei es sehr unbestimmt, wann er zu treffen sei, da er viel Weihnachtseinkäufe zu machen habe.“ Diese Ausrede war ebenso lächerlich wie unwahr, denn es wurde festgestellt, daß Herr Kleemann fast immer zu Hause war, auch zu der Zeit, als die Ortsverwaltung vorsprach. Nach den gemachten Erfahrungen war es vorläufig nicht möglich, zugunsten der beiden Kollegen etwas zu unternehmen. Eine Brandversammlung beschloß, die Sperre über Erfurt-Flüßergeschoßen abermals zu erneuern, damit Herr Kleemann und auch die übrigen Herren Fabrikanten durch Angebote von Arbeitskräften nicht in Versuchung kommen, weitere Maßregelungen vorzunehmen. Die Kollegen, hauptsächlich aber die Gothaer Metallbrüder, werden gebeten, sich streng danach zu richten. Von Gotha macht sich nämlich plötzlich ein hartes Angebot von Metallbrüdern bemerkbar, was wir hier absolut nicht verziehen können. Weitere Auskunft wird die Lohnkommission der Ortsverwaltung Gotha gern erteilen. Ferner glauben wir, daß der schon längst gehegte Verdacht, die hiesigen Unternehmer überließen mit schwarzen Listen, begründet ist. Den Beweis glauben wir darin erblicken zu können, daß die Firma Löbmann & Grumm in Zivertschhausen Gürtler, Monteur und Polierer suchte, aber einen gemäßigten Kollegen der Firma G. A. Kleemann, der ihr sonst durchwegs nicht bekannt sein konnte, nicht einstellte. Ebenso ist das bei den anderen Firmen der Fall, da heißt es: „Wir haben keine Arbeit“, hinerher aber werden Leute eingestellt. — In Nr. 48 v. J. gaben wir auch bekannt, daß die Firma G. A. Kleemann Drückerarbeiten auswärts — wahrscheinlich in Greiz — machen lasse. Wir können unsere Vermutung dahin berichtigen, daß die Arbeiter nicht in Greiz, sondern bei der Firma Eduard Walther in Schleiz i. V. angefertigt wurden. Wir eruchen die Schleizer Kollegen, schon heute dieses zu beachten, weil die Firma Kleemann zu Beginn der nächsten Saison jedenfalls wieder dort arbeiten lassen wird, wenn ihr hier nicht die nötigen brauchbaren Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Damit dieses aber nicht eintritt, bitten wir den Zuzug von Gürtlern, Drücker, Metalldreher, Formern und Schleifern nach wie vor streng fernzuhalten. Dann werden wir auch mit unserem Kleinstreik Erfolg haben und auch in Erfurt wenigstens das erreichen, was den Kollegen in anderen Städten schon längst nicht mehr gut genug ist.

Greiz. Allmählich, aber sicher, geht es auch hier mit der Gewerkschaftsbewegung vorwärts. Die Arbeiter lernen begreifen, daß sie von jeher im Namen der Religion von allem, was die Arbeiter zum selbständigen Handeln bewegt, abgehalten worden sind. Religion und Zentrismus sind nur verschiedene Bezeichnungen für eine Sache. Die Kaplanokratie hat es außerordentlich gut verstanden, die Arbeiter an sich zu fesseln. Diese Menschen, die sich mit Vorliebe Christen nennen, aber alles andere, nur keine Christen sind, haben dem Worte Christentum einen so üblen Beigeschmack verbracht, daß

jeder denkende Mensch sich von dieser Sorte Christen so weit wie möglich entfernt hält. Die gemeinfle Demunziation ist bei diesen Leuten das beliebteste Mittel gegen Andersdenkende, die Mäße wach ganz besonders kultiviert und zum Schlusse, wenn alle Stränge zerren, mit dem Mädchen für alles, der Zentrumsreligion, zugebeckt. Mit der Zentrumsreligion haben wir keine Gemeinschaft, und die Arbeiter sehen immer mehr ein, daß wir bessere Christen sind, sie wenden sich mit Abscheu von den Demagogen, in unseren Reihen lernen sie Welt und Menschen von einer anderen Seite kennen. Wie läppisch diese Zentrumschriften zuweilen handeln und dabei gar nicht merken, welche guten Dienste sie uns leisten, zeigt folgender Vorfall: Unter den hiesigen Arbeitern wird für einen Preisfonds zur Errichtung einer eigenen Presse gesammelt, allmonatlich wird in der Arbeiter-Zeitung darüber berichtet. Unter der betreffenden Rubrik hat nun immer auch eine von den Metallarbeitern gespendete größere oder kleinere Summe gestanden, je nachdem einzelne Kollegen Marken à 10 Pf. an den Mann gebracht haben. Da, o Graus, steht eines Tages: 300 Mk. von den Metallarbeitern. Mit Windebeile brachte die zentrumschriftliche Presse die Schauerwärme, die hiesige Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes habe 300 Mk. an den sozialdemokratischen Preisfonds abgeliefert. Die Summe war ihnen zu groß, sie konnten es nicht fassen, daß auch einmal ein einzelner Mensch so viel Geld einer schönen und guten Sache opfern könnte. Da wiesen diese Schlauberger wieder einmal haarklein nach, wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins sind. Unseren Segen haben sie, wir meinen nicht darüber, wenn man uns mit dem Ehrennamen Sozialdemokrat belegt, denn der hat einen besseren Klang wie Zentrismus. Doch ein gutes haben sie mit ihrer Schreiberei erreicht, und wir statten ihnen hiermit unseren besten Dank ab. Es gibt hier und da noch einige Gesoffen, denen die Gewerkschaftsbewegung etwas Nebenfächliches ist, diese Leute sind durch die christliche Dreihundertmarkelgende zu der Überzeugung gekommen, daß die Gewerkschaftsbewegung doch etwas Wert hat, wir haben an Mitgliedern dadurch gewonnen. Es geht vorwärts! Das Jahr 1904 ist für uns ein recht bewegliches gewesen. Durch ein gut verbreitetes Verkaufsmännersystem ist die Agitation in geregelte Bahnen geleitet und bedeutend erleichtert worden. Die Früchte sind auch nicht ausgeblieben. Am Schlusse des Jahres 1903 schlossen wir mit 784 Mitgliedern ab und sind mit Schlusse des Jahres 1904 auf fast 2000 gestiegen. Davon entfallen allein auf das letzte Quartal 551 Mitnahmen und 13 Übertritte aus anderen Organisationen. Die Beitragsleistung muß sich noch bessern. In beitragsfreien Marken sind 1904 nicht weniger als 1817 Stück geteilt worden. Ein großer Teil der Kollegen, die erkrankt sind, verziehen aber auf Krankenmarken. Danach können sich die Kollegen Deutschlands einen Begriff machen, wie nachteilig es auf die Gesundheit der Arbeiter wirkt, wenn sie bei Tag- und Nachtschicht noch Überstunden machen müssen. Im verfloffenen Jahre wurden abgehalten: 2 öffentliche Versammlungen, 76 Mitgliederversammlungen, 27 Sitzungen der Ortsverwaltung, 13 Verkaufsmännerversammlungen, 5 kombinierte Versammlungen, 85 Werkstattbesprechungen, 20000 Flugblätter, die auf die allgemeinen und hiesigen Verhältnisse hinwiesen, sind in allen Fabriken verteilt worden. Es wurden bezahlt: Reisegeld 2442,20 Mk., Arbeitslohnunterstützung 377,90 Mk., Anzugskosten und Unterstützung in Notfällen 635,25 Mk., Ortskassen 177,30 Mk., an die Hauptkasse abgeschickt 15400 Mk. Die Arbeiter hatten sich zum letzten Quartal derartig angehäuft, daß die Verwaltungsstelle sich veranlaßt sah, eine zweite Kassa anzustellen; es ist dazu aus dem Kreise der hiesigen Kollegen der Kollege Karl Bräuer zum 1. November 1904 gewählt worden. — Wie notwendig hier eine starke gewerkschaftliche Organisation ist, die die Interessen der Arbeiter zu wahren imstande ist, ergibt sich aus folgendem. Die Technik geht mehr und mehr dazu über, Eisen und Stahl im Aufbau zu verwenden. Wo früher das Holz vorherrschend war, verschwindet es ganz; wir sehen Bauten entstehen, die uns Bemüherung abnötigen. Gerade in der hiesigen Gegend sehen wir Brücken, Bahnhöfe, Warenhäuser, Fabrikgebäude und Zecheneinrichtungen aus diesem Material entstehen. Durch diesen Fortschritt ist die Zahl der in der Montage beschäftigten Arbeiter eine große; fast alle Berufe der Metallbranche kommen hier in Betracht. Mit wenigen Ausnahmen sind es durchwegs junge ledige Leute, die, weil sie nichts anderes fanden, vorübergehend diese Beschäftigung annehmen. Organisiert sind davon leider sehr wenige. Dadurch ist es erklärlich, daß die Lage dieser Leute, die bei ihrer Arbeit den Unilden jeglicher Witterung ausgesetzt sind, eine so elende ist. Die Arbeitszeit in den langen Tagen wird auf jeder Montage von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends ausgedehnt. Hin und wieder fällt es einem Monteur ein, zu bestimmen, bis 9 Uhr zu arbeiten. Ohne die geringste Einwendung schafften dann die Arbeiter Tag für Tag dreizehn Stunden, einen Zuschlag zum Stundenlohn zu fordern oder Überstunden ganz zu verweigern, sind unbekannt Dinge. Die einzige Maßregel, die der Arbeiter gegen jedwede Verschlechterung ergreift, ist, daß er die Arbeit nimmt, wodurch aber an der ganzen Sache nichts geändert wird. In den kurzen Tagen, wo andere Bauarbeiter nur so lange arbeiten als es hell ist, zeigt der Montagearbeiter abermals, daß er reichhaltig ist. Er arbeitet morgens und abends, trotz der großen Unfallgefahr, mindestens je eine Stunde im Dunkeln. Stürzt der Arbeiter ab, was ja nichts Seltenes ist, und bleibt tot liegen, so heißt es, der war selbst schuld daran. Die Monteur gebrauchen den Trick der langen Arbeitszeit nur aus dem Grunde, weil sie wissen, daß bei dem geringen Stundenlohn, den sie zahlen, kein Arbeiter bei verlängerter Arbeitszeit bliebe; die Überstunden also müssen es bringen. Genau so häufig ist die Sonntagsarbeit dort zu finden. Nicht besser wie die Arbeitszeit sind die Lohnverhältnisse. Vorarbeiter erhalten 45 bis 50 Pf., Schlosser, die am meisten der Lebensgefahr ausgesetzt sind, 38 bis 42 Pf., Räder 45 bis 48 Pf., Zuschläger und Vorbahler 38 bis 40 Pf., Hilfsarbeiter 35 bis 38 Pf. und Kleinwärmer 20 bis 30 Pf. Stundenlohn. Für diese Lohnsätze, die eher zu hoch als zu niedrig angegeben sind, muß natürlich nicht gearbeitet, sondern gewühlt werden. Am besten steht sich der Monteur dabei, er hat die Arbeit in Afford oder er bekommt einen hohen Lohn und pro tausend Kilo fertige Montage eine Extravergeltung. Bei diesem Entzügen wird der Arbeiter durch den Arbeiter ausgebeutet. Der dunkelste Punkt in dem Gache sind die Unfälle. Würden die Fälle eines Monats in hiesiger Gegend zusammengezogen, es würde sich eine unheimliche Ziffer zeigen. Doch so lange die Arbeiter sich dem Schicksal fügen und der Organisation fernbleiben, wird es nicht besser werden. — Auf den einzelnen Werken in Eisen sieht es nicht viel besser aus. Im vergangenen Herbst sind bei Krupp im Frühjahrstag II und in den Laffettenwerkstätten eine Anzahl Schlosser eingestellt worden. Der Verdienst ist dort so minimal, daß die Arbeiter sich schon auf die Frühjahrszeit freuen, um so bald wie möglich von der ungesunden Stätte verschwinden zu können. Die Firma wird sich schwer in die Patzche bringen, hauptsächlich, wenn die Arbeit drängt. Hat doch kürzlich ein höherer Beamter selbst erklärt, daß, wenn er heute noch am Schraubstock stehen müßte, er für solch einen Hungerlohn nicht arbeiten würde. Es werden im Frühjahr Hunderte verschwinden und ein „Soblad“ auf den hohen Verdienst der Schlosser und den „minimalen“ Millionenüberfluß der Firma in alle Welt tragen. Es ist geradezu ein Hohn, wenn am Jahreschlusse Millionen für die Besitzer des Werkes abfallen und die Arbeiter, die diese Millionen durch ihre Hände Arbeit hervorgebracht haben, kaum so viel verdienen, daß sie sich ordentlich nähren und kleiden können. Geopnet sei die göttliche Weltordnung! Es gibt bei Krupp trotz der Millionenüberschüsse Verhältnisse, die wahre Brutstätten der Schwandlust sind. In den oberen Laffettenwerkstätten, wo der ganze Dunst hingehet, ist keine Ventilation; und in diesen Räumen müssen die Arbeiter Tag und Nacht arbeiten. Wie oft hat die hiesige Arbeiter-Zeitung darauf hingewiesen, daß jene Verhältnisse es seien, die die meisten Schwandlustkranken liefern, doch vergebens — es sind ja nur Arbeiter. Die Eisenwerkstätten sind „berühmt“ durch die „hohen Löhne“, die die Firma zahlt. Das kann auch von der Klempnerwerkstatt gesagt werden. Ehe ein Klempner einmal 40 Pf. die Stunde erhält, kann er alt und grau werden. Die Firma Krupp zahlt dort nicht nach der Leistung, sondern nach dem Alter, und jeder Arbeiter weiß, was das zu bedeuten hat: Ist eine gewisse Grenze des Alters erreicht, dann kommen die Abzüge von selbst. Das Kisten von Dachhaken

Rundschau.

Reichstag.

(30. Januar bis 4. Februar.) Bei der Beurteilung der deutschen Kolonialpolitik sind zwei Dinge immer sorgsam auseinander zu halten: Die allgemein-politische und privat-kapitalistische Seite der Sache. Vom Standpunkt der großen Masse der deutschen Steuerzahler und aller volkfreundlichen Parteien muß das Allgemeinpolitische in den Vordergrund gehoben werden; vom Standpunkt der Kolonialkapitalisten aus verschwindet es dagegen ganz im dämmerigen Hintergrund. Die Kolonialpolitik führt zu einer unermesslichen Verschwendung nationaler Mittel und Kräfte, schafft große Reibungsflächen gegen andere Nationen, führt zu einer schandalösen Ausraubung und schließlich zur Vernichtung der eingeborenen Bevölkerung; aber sie bietet auch einer kleinen Zahl von Privilegierten Gelegenheit zum raschen Avancement und zu Riesengewinnen. So führt das egoistische Interesse der herrschenden Klassen zu einer Förderung der Kolonialpolitik, die aus humanitären und volkfreundlichen Gründen von den beherrschten Klassen verworfen werden muß. Keine einzige der jetzigen deutschen Kolonien kann für größere Schichten des deutschen Volkes jemals eine irgendwie erhebliche, sei es auch indirekte Bedeutung gewinnen; jede einzelne aber bietet einer kleinen Schaar von raffinierten Kapitalisten Gelegenheit zu Erwerbsergebnissen großen Stils. Dabei haben die Kolonialkapitalisten von jeher den Wunsch gehabt, das materielle Risiko ihrer Unternehmungen auf die Gesamtheit abzuwälzen. Um damit durchzubringen, haben sie verstanden, sich in Regierungskreisen energische und einflussreiche Vertreter zu gewinnen. Diese Verfügung der kapitalistischen und gubernementalen Kreise aufzudecken und zu würdigen, war die Aufgabe des Abgeordneten Südekum bei der Beratung des zweiten Nachtragsetats pro 1904 für das Schutzgebiet Südwestafrika. Er leuchtete einmal in die dunklen Schlupfwinkel des Kolonialkapitalismus hinein und zählte die Fürsten und Bureautanten beim Namen auf, die durch die Ausnutzung des Kolonialenthusiasmus nicht wenig Geld zu machen suchten und wissen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß mancher der Kolonialschwärmer aus dem Bürgertum an den Phrasenschwall glaubt, dem man ihm in den Agitationsversammlungen für den Kolonialkapitalismus an den Kopf wirft: größeres Deutschland, nationale Ehre, gegen englische Beutegier u. s. w., aber es steht für uns ebenso fest, daß die geheimen Leiter dieser ganzen Bewegung mit eisigkalter Berechnung diese Schwärmereien ausnützen. Sie haben alle vom König Congopold (Leopold von Belgien) gelernt, wie man als aufgeklärter Gelehrter kulturelle und humanitäre Phrasen dreschen und dabei kapitalistische Raubgeschäfte im gigantischen Umfang treiben kann. Für die Beratung des Kolonialsetats ist eine grundsätzliche Erörterung über den Kolonialkapitalismus zu erwarten.

Zu den Schlagworten der Kolonialinteressenten gehört auch die Ausdehnung des Indusriefports. Wie es mit dem in der Zukunft beschaffen sein wird, lehrt ein Blick auf die dem Reichstag vorgelegten neuen Handelsverträge, über die in der kommenden Woche beraten werden soll. Der Reichsfinanzler Graf Bülow in Person deponierte die umfangreichen Aktenstücke der sieben neuen Verträge (mit Rußland, Schweiz, Belgien, Italien, Österreich-Ungarn, Rumänien und Serbien) auf dem Tisch des Reichstags. Er hielt dabei eine ellenlange Rede, die deshalb unpassend genannt werden muß, weil sie eine Polemik enthielt, auf die die Angegriffenen aus Gründen der Geschäftsordnung nicht sofort antworten konnten. Graf Bülow ist ungeheuer tapfer — wenn er allein auf dem Schlachtfeld steht! Wir werden sehen, was er für eine Figur machen wird, wenn ihm seine Gegener Aug' in Auge entgegenzutreten können.

Bülow's ganze Rede war nichts als eine geradezu abstoßende Kriegshetze vor den Agrariern, denen er das eine über das andere Mal die Verhinderung gab, daß es ihm unmöglich gewesen wäre ihre allerunverschämtesten und unsinnigsten Forderungen bei den fremden Staaten durchzuführen. Dies der Gedankengang dieser feierlichen Proklamierung des legalisierteren Brotmachers: „Vor 100 Jahren war Deutschland noch reiner Agrarstaat, 82 Prozent der Bevölkerung lebten von der Landwirtschaft; im Jahre 1870 hatte die von der Indusrief lebende Bevölkerung die landwirtschaftliche der Zahl nach bereits erreicht; 1882 betrug die landwirtschaftliche Bevölkerung schon nur noch 42 Prozent, 1898 36 Prozent und jetzt gar nur noch 30 Prozent der Gesamtbevölkerung; darum muß die landwirtschaftliche Bevölkerung auf Kosten der anderen gepöppelt und gemästet werden, das Rad der Entwicklung muß rückwärts gedreht werden!“ Und so was nennt sich in Deutschland einen „Staatsmann“! Wenn ein in 14 Tagen mit Ach und Krach vom biden Ort und seinem Hahn zurechtgedrillter Wanderprediger des Bundes der Landwirte derartige's Zeug für 6 Mk. Tagesbrot in einer Versammlung nach der anderen daherschwätzt, dann kann man mit dem Keel noch so was was. Mitleid haben: man erinnert sich unwillkürlich an die Platane, die in amerikanischen Wäldern wehen an den Eingelängeln angebracht werden: „Man bittet nicht auf den Säger zu schielen, der Mann tut, was er kann“ — aber wenn der erste Beamte einer wirtschaftlich aufstrebenden und wesentlich industriell tätigen Nation derartige's mit der Wiene eines tiefen Wahrheitsfinders öffentlich auspricht, dann hört wahrlich und wahrhaftig die Gemütslichkeit auf. Deutschland muß Industriestaat in immer stärkerer Maße werden; wozu soll denn der jährliche Bevölkerungszuwachs von fast einer Million Köpfe untergebracht werden? Wie soll es denn möglich sein, für solche Massen in einer agrarischen Volkswirtschaft Arbeit und Auskommen zu finden? Daher muß auch der Staat, wenn anders er ein Staat für alle sein wollte, die industrielle Entwicklung nach Kräften fördern. Um so mehr, als die Interessen der kleinen Landwirte — und sie machen 96 Prozent der Gesamtheit aus — den Interessen der Industriebevölkerung durchaus gleichlaufen. Aber es kommt der mit den Grobagariern, mit den Körnerbau treibenden verpöppelt und verschwägerten Regierungsbureaucratie nicht auf die 70 Prozent Industriebevölkerung und nicht auf die 96 Prozent kleine Landwirtschaft an: sie will ihre Käse lebensfähig erhalten, basta! Gehört wird sie in diesem volkverderblichen Streben dann noch durch die unbeschreiblich große Angst der Dynastien vor der aufstrebenden industriellen Arbeiterkraft. Das gibt den Ausschlag. Wo wieder mit der Indusrief, die eine neue Welt heraufzuführen könnte, her mit dem agrarischen Bürgertum!

Der Rest der Verhandlungen der Woche nahm eine neue ausgiebige Erörterung der Bergarbeiterfrage und der Anfang der Beratung des vom Zentrum eingebrachten sogenannten Toleranztags ein, über den wir bei einer anderen Gelegenheit noch zu sprechen haben werden.

Sozialpolitik.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion brachte zum Etat des Reichsamtes des Innern Resolutionen ein, in denen gefordert wird:

1. Dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Einigungsämter gemäß dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern errichtet werden.
2. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Bergbauwesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Übergangsbestimmungen auf längstens acht Stunden festgesetzt und der Sonnabend nachmittags freigegeben wird.

In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens acht Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 23 Grad Celsius übersteigt, von längstens sechs Stunden zugelassen werden.

3. Bis zur nächsten Session für alle Betriebe mit hoher Bergbauungsgefahr, in denen giftige oder insperierende Stoffe hergestellt oder verwendet werden, Vorschriften auf Grund der §§ 120e und 120a der Gewerbeordnung zu erlassen.

oder Arbeitsanzügen für die Klempner ist gar nicht Sitte, die Arbeiter mögen bei ihrem geringen Verdienst zusehen, wie sie fertig werden. — Eine unserer schönsten Buben am Orte ist die Maschinenfabrik von Emil Wolf. Dort wimmelt es von Lehrlingen, wie von Sternlein am Himmel, in der Schlosserei und Formerei. Den auswärtsigen Formern raten wir, fernzublicben. Herr Wolf ist ständiger Gast des „Arbeitsmarkts“, und darauf fällt noch mancher Kollege herein. Sollten Kollegen auf das ewige Inferno des Herrn Wolf im „Arbeitsmarkt“ Gewicht legen, so werden sie ersucht, sich erst an die Ortsverwaltung zu wenden, damit sie vor Schaden bewahrt werden. Wird eine Affordarbeit abgeschlossen, so müssen die Leute stundenlang warten, ehe sie den Preis vom Meister erfahren. Die Preise sind dann aber auch danach, kaum daß der Kollege seinen Zaglohn verdient, sei er auch noch so geschickt. Wird der Meister zur Rede gestellt, so erfolgt prompt die Antwort: „Der Herr will nicht mehr geben.“ Käuft die Sache allzu schiefe, daß der Formner gar nichts verdient, so werden ihm einfach Lehrlingsarbeiten angeschrieben. Wozu hat man die vielen Lehrlinge? Wären die Kollegen alle organisiert, so würden die Uebelstände bald beseitigt sein. Aber durch radikale Bierankreden wird nichts gebessert, jeder muß sich bewußt sein, daß er in die Organisation hineingehört und kräftig mitwirkt, dann werden der Firma Wolf sehr bald die Augen geöffnet werden. — Als weitere im Bunde darf die Mustergießerei Union nicht vergessen werden. Es herrschen dort Mißstände, die jeder Beschreibung spotten. Der alte Formnermeister, der nach 25 Jahren in den Ruhestand getreten ist, hatte sein eigenes „Affordsystem“. Er kalkulierte die einzelnen Stücke so, daß jetzt, wo ein neuer Meister und ein Ingenieur eingetreten, die Formner bei den Preisen einfach ratlos sind. Gehören mehrere Stücke zusammen, so wird das größte in Arbeit gegeben und ein Preis festgesetzt. Die Formner versuchen dann, so gut wie es geht, zu ihrem Gelde zu kommen. Waren die Stücke zu gering veranschlagt, so heißt es in der Regel immer, es möchten die Kollegen, die die übrigen kleineren Teile machen müssen, und auch die Kernmacher zusehen, wie sie fertig würden. Das meiste Geld ist aber verarbeitet. Mit den Hilfswerkzeugen sieht es schlecht aus, für sieben Krone sind nur drei Kranführer vorhanden. Die Schuld an den ganzen Mißständen kann man dem Herrn Pfeifer, seines Zeichens Ingenieur, und dem Meister Schulte zuschreiben. Der Herr Ingenieur befiehlt und Meister Schulte setzt durch die hundert Meter lange Bude, als wenn er sich im Schnelllaufen üben wollte. Es ist dem Herrn Pfeifer zu empfehlen, weniger schneidig zu sein, das führt zur Lächerlichkeit. Oder glaubt der Herr, es sähe besonders schön aus, wenn er hinter Pfeilern und Formkästen die Arbeiter belauert? Es wäre besser, wenn er sich um die Schutzvorrichtungen in der Bude mehr kümmerte. Dort werden oft die Formkästen in der Luft aufgestapelt, so daß es ein Wunder ist, daß noch kein Mensch verunglückt. Mit dem Fußen in der Gießerei hat es seine besondere Art. Da fliegen oft die abgetreuten Brocken herum, daß man jeden Augenblick besorgten muß, ein Stück an den Kopf zu bekommen. Schutzhelme sind bei dem Herrn Pfeifer unbekante Dinge. Die Formner ersuchen wir, nicht allein diese Bude, sondern Essen zu meiden, damit die Herren wenigstens einsehen, daß sie nicht alles mit den Formnern machen können, was sie wollen. Man stellt da neue Leute ein und entläßt die, die sich nicht alles gefallen lassen. Merkt euch das, Kollegen, und meidet die gasliche Glatte.

Fürstentum a. d. Spree. Vor etwa Jahresfrist wurde der Bevollmächtigte der hiesigen Verwaltungsstelle, der bei Hintich arbeitete, wegen „Mangel an Arbeit“ entlassen. Die Absicht der Firma, dadurch die Verwaltungsstelle zu erschlütern, scheiterte, denn diese hat um nahezu 200 Mitglieder zugenommen. Nun hat der Ingenieur Kamppe es auch dahin gebracht, daß der jetzige Bevollmächtigte gegangen ist, obwohl er acht Jahre bei Hintich tätig war. Man mutete ihm einfach zu, eine Arbeit zu machen, bei der er einen Lohnanspruch von 20 Prozent gehabt hätte. Er hat es deshalb vorgezogen, das Arbeitsverhältnis zu lösen. — Auch sonst ereigneten sich noch Fälle, die zu denken geben. Vor kurzer Zeit wurde ein Schlosser benutzert, daß er sich mit einem Klempner unterhalte, der „sozialdemokratischer Schriftführer“ sei. Wie die Unternehmung gemeint, ist unverständlich, da der Klempner in der Partei kein Amt bekleidet. Das Verbrechen des Schlossers bestand aber darin, daß er sich von dem Klempner das ihm geliehene Geld holte, wozu er zwei Minuten brauchte. Die Herren Pfeifer, die als Arbeiter wohl auch hier und da einige Minuten zusammen plauderten, sollten sich doch mehr um ihre fachlichen Aufgaben kümmern. An die Arbeiter richten wir die Aufforderung, einzig zu sein und den Herren zu zeigen, daß wir mit uns nicht Schindluder spielen lassen.

Gilden. Schon seit dem 15. Januar befinden sich 90 Arbeiter der Firma Heimendahl & Keller im Streik. Die Arbeitsniederlegung erfolgte, weil ohne jeden Grund vier der ältesten Arbeiter entlassen wurden. Herr Heimendahl gab als Grund „Geherei“ an. Die vier Gemäßigten sind Mitglieder des christlichen Verbandes, der in dem Betrieb am stärksten vertreten ist. Da es sich um einen Schlag gegen die Organisation im allgemeinen handelt, so erklärten sich unsere Kollegen, die in der Minderheit sich befinden, solidarisch und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Der Betrieb steht nahezu vollständig still. Nur drei Schleifer und vier Gießer spielen sich als nützliche Elemente auf. Es ist der Firma bis heute, nach dreiwöchiger Dauer des Streiks, noch nicht gelungen, einen einzigen Arbeitswilligen zu bekommen. Wenn der Zugang ferngehalten wird, ist der Ausgang des Streiks nicht zweifelhaft. Von den Streikenden gehören 20 unseren Verband an. Die übrigen sind außer drei hiesigen Damerzischen Gesellschaftern, Zugang von Gießern, Schleifern und Drehern ist ferngehalten. Hauptächlich werden die Kollegen in Südenschad, Hieslohn, Werdohl, Mettmann, Warburg u. s. w., wo die Britanniawarenindustrie vertreten ist, ersucht, ihre Kollegen in Gilden durch Fernhaltung des Zugangs zu unterstützen.

Stettin. Der Streik bei der Firma Gebr. Söwer ist am 24. Januar von den Ausständigen für beendet erklärt worden. In dem achtwöchentlichen Kampfe sind von den Streikenden nur wenige abtrünnig geworden. Dafür aber verschaffte sich die Firma Arbeitswillige in größerer Zahl aus Erfurt und anderen Orten, die unter dem Schutze der Polizei und Gendarmerie in die Fabrik hineingeschafft wurden, so daß es den Streikposten nicht möglich war, mit den Zugereisten zu sprechen. Daß die Arbeiter, die sich eines solchen Verhaltens nicht zu erwehren hatten, unterliegen mußten, liegt auf der Hand. Der Streik zeigt wieder, welche gewaltige Aufgabe wir noch zu erfüllen haben: Das Heer der Unorganisierten und der Unorganisierten muß vermindert werden. Mit jedem, den wir für unsere Organisation neu gewinnen, vermindern sich die Chancen der Unterwerfung zur Gewinnung von Arbeitswilligen.

Bethan. Lange hat unsere Verwaltungsstelle nichts von sich hören lassen. Leider können wir auch heute nichts Günstiges berichten. Seit einem halben Jahre ist hier außer planer Geschäftsgang, die einzige größere Maschinenfabrik, Aika-Gesellschaft A. Schmitt, hat fast gar nichts zu tun. Die Firma arbeitete sonst hauptsächlich für den Export landwirtschaftlicher Maschinen nach Rußland. Viele Leute, hauptsächlich organisierte, sind nun entlassen. Die Arbeitszeit ist verläßt, im allgemeinen dauert sie bei Schmitt von früh 7 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, in der Gießerei von Appeler von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends. — Am 23. Januar fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Kollege Pawlowitsch-Berlin sprach über die Bedeutung des Bergarbeiterpreises und unsere Stellungnahme dazu. In 1 1/2 stündigem Vortrag schilderte er die Bewegung im Ruhrrevier und führte den Mitgliedern die Notwendigkeit der Unterstützung dieser Arbeiter durch Streikbeiträge vor Augen. Nach eingehender Diskussion, in der sich alle Redner dafür aussprachen, wurde ein Entschluß von 15 Pf. pro Woche für die Dauer von 10 Wochen beschlossen.

4. Dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Schutz der Arbeiter des Baugewerbes, bezüglich Einrichtung der Baubetriebe, Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten, Unfallversicherungsbestimmungen und Baukontrolle geregelt wird.

5. Noch im Laufe dieses Jahres eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Arbeit an Sonn- und Festtagen in Glashütten verboten wird mit Ausnahme der Hilfsarbeiten, die zur Unterhaltung der Glashütten notwendig sind.

6. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den ein Arbeitgeber oder Stellvertreter eines solchen, der sich mit einem anderen Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter verabredet oder vereinigt, um Arbeitern deshalb, weil sie an den in § 152 der Gewerbeordnung gedachten Vereinigungen teilgenommen haben oder an denselben fernere teilnehmen wollen, ihr ferneres Fortkommen oder die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen oder sie aus der Arbeit zu entlassen, mit Gefängnis bis zu drei Monaten bedroht wird, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetze eine höhere Strafe eintritt, und der Versuch solcher Straftat für strafbar erklärt wird.

7. An Sonn- und Festtagen ist gewerbliche Arbeit verboten. Zwischen Beendigung und Wiederbeginn der Arbeit muß eine Ruhepause von 36 Stunden, und wenn zwei Feiertage einander folgen, eine solche von 60 Stunden liegen. Ausgenommen hiervon ist die Beschäftigung bei Verkehrsanstalten, soweit die Beförderung von Personen in Betracht kommt, bei Bahnbetrieben, Erholungs- und Vergnügungsanstalten, sowie bei Gewerben, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Betrieb fordern. Verkaufsstellen, die Nahrungs- und Genussmittel verkaufen, dürfen Sonntags höchstens drei Stunden geöffnet und müssen spätestens nachmittags 12 Uhr geschlossen sein.

Internationale Streikstatistik.

Die Abnahme der Streikbewegung im Dezember 1904 war nach der Arbeitsmarkt-Korrespondenz sowohl gegenüber dem Vormonat als auch dem Vergleichsmonat des Jahres 1903 auffallend stark. Die Zahl der begonnenen Streiks ist nicht nur in den Ländern gering, in denen die Lage des Arbeitsmarktes jede Aussicht auf Streikerfolge benahm, sondern ganz allgemein zeigte sich eine äußerst minimale Streikluft. Wenn auch der Dezember alljährlich den tiefsten Stand der Streikbewegung bringt, so war doch noch selten in einem Jahre die Bewegung so erlahmt wie am Schlusse des Jahres 1904. In Deutschland, Frankreich und England zusammengekommen begannen im Dezember nur 61 Streiks gegen 100 im November und 77 im Dezember 1903. In England und Frankreich, wo die Ziffer der an den Streiks Beteiligten schon ermittelt ist, traten im Dezember nur 3940 Arbeiter in den Ausstand gegen 25421 im November und 12509 im Dezember des Jahres 1903. In England zeigte nur das Textilgewerbe eine etwas größere Zahl von Streikenden. Die Besserung, die das Baumwollgewerbe während der letzten Zeit wieder erfahren hat, ermutigte die Arbeiter zur Abwehr von Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen, zum Teil auch schon zu Lohnforderungen. Im ganzen fanden drei Streiks im Textilgewerbe statt, an denen sich 858 Arbeiter beteiligten. Sonst begann nur noch in drei Gewerben je ein Streik. Im ganzen Jahre 1904 fanden in England nach den monatlichen Aufzeichnungen der Labour-Gazette 319 Streiks mit 82767 Beteiligten statt gegen 349 und 112995 Beteiligten im Jahre 1903. Auf die einzelnen Gewerbe verteilen sich diese Streikfälle und Beteiligten wie folgt:

Gewerbe	Streikfälle		Beteiligte	
	1903	1904	1903	1904
Bergbau, Steine und Erden	114	99	61682	45119
Metalle, Maschinen und Schiffbau	75	61	31544	12677
Textilgewerbe	51	51	9084	12754
Bekleidungs	24	24	2470	1391
Baugewerbe	40	34	3560	8623
Beruf	15	9	2162	1739
Übrige Gewerbe	30	33	2719	3824

Am stärksten war die Streikbewegung in der Gruppe Bergbau, Steine und Erden. An zweiter Stelle folgt die Gruppe Textilgewerbe, an dritter Stelle das Metall- und Maschinengewerbe inklusive Schiffbau. Noch stärker als in anderen Ländern ging in Frankreich die Streikbewegung während des Dezembers zurück. Es begannen nur 22 Streiks gegen 49 im November und 54 im Dezember 1903. Die Zahl der Beteiligten stellte sich auf 2766, während sie im November noch 20661 betrug und 9882 im Dezember 1903. Trotz der geringen Streikluft handelte es sich in den meisten Fällen um Aufrührerstreiks. Die Dauer der einzelnen Streiks war verhältnismäßig kurz; 17 Streiks wurden beendet, ohne daß einer länger als 16 Tage dauerte. Was das Resultat der Streiks betrifft, so zeigte sich an den vielen Niederlagen, daß die Marktlage für die Arbeiter recht ungünstig war. Von den 24 Streiks, die im Dezember zu Ende gingen, waren nur 4 erfolgreich, 11 endeten durch Vermittlung und 9 mit einem direkten Mißerfolge. Von den Streiks in Belgien ist ein Bergarbeiter-Ausstand im Borinage zu erwähnen, der sich gegen eine angekommene Lohnverfälschung wandte. In Italien herrschte ziemlich Ruhe; nur ein Streik der Hafenarbeiter in Venedig ist zu nennen. Auch in Rußland war während des Dezembers die Arbeiterkraft noch ruhig. Von einem Streik im Naphtagebiet bei Baku abgesehen, waren keine erheblicheren Ausstände zu verzeichnen. Ein größerer Bergarbeiterstreik fand endlich noch in Australien statt. In New-Castle (New-Südwales), einem Hafenplatz mit fast ebenso starkem Verkehr und reger Industrie wie Sydney, legten die Arbeiter auf den unmittelbar bei der Stadt befindlichen Kohlenbergwerken die Arbeit nieder. Insgesamt freifien zirka 5000 Arbeiter.

Das Saarbrücker Urteil

gegen den Bergmann Krämer ist vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Trier verwiesen worden. Das Revisionsbegehren hatte sich sowohl auf Gründe formalrechtlicher Art, auf jaarabische Besonderheiten des Beweisverfahrens, als auch auf materielle rechtliche Gründe gestützt. Es hatte die Anwendung des Verleumdungsparagrafen auf ein Werturteil (daß nämlich die Höhe der Löhne in keinem Verhältnis zu den Überschüssen stände) bemängelt, ferner die Auffassung des Saarbrücker Gerichtes, daß Maßregelungen aus Gründen der politischen Betätigung im Staatsbetrieb keinen Mißbrauch der Amtsgewalt darstellten, nachdrücklich bekämpft. Und schließlich hatte der Verteidiger Wolfgang Peine in der reichsgerichtlichen Verhandlung am 20. Januar ausgeführt:

Es ist zu befürchten, daß der Einfluß der Bergbehörde sich auch bei Gericht äußert. Das Gericht hat sich in hohem Maße unter dem Einfluß jener geistigen Strömung gezeigt, die zu bekämpfen Aufgabe der Krämer'schen Flugblätter war. Es ist deshalb im Interesse einer vorurteilslosen Behandlung der Sache gelegen, die erneute Verhandlung einem Gericht zu übertragen, das außerhalb des Bannkreises dieser Gedanken liegt.

Alle vom Verteidiger vorgelegten prozessualen und materiellen Klagen hat der Strafsenat des Reichsgerichtes als berechtigt anerkannt, womit der Prozeßführung in Saarbrücken ein schlechtes Zeugnis ausgestellt ist. Die Verletzung der Strafprozeß-Ordnung besteht darin, daß das Gericht zwei Zeugen des Angeklagten weder abgehört, noch einen Beschluß darüber gefaßt hat, warum sie nicht abgehört waren. Ferner sind die §§ 186 und 187 schon deshalb zu Unrecht angewendet worden, weil dem Angeklagten die erste Beweisführung durch Beschränkung der Verteidigung verweigert wurde. Das Saarbrücker Gericht hat in der Urteilsbegründung auch nicht zwischen Tatsachen und Schlüssen, die aus Behauptungen hergeleitet wurden, unterschieden; es hat die statistischen Angaben der Löhne in den Flugblättern einfach als unwahre Tatsachen hingestellt. Ein weiterer durchschlagender Revisionsgrund war die Nichtanerkennung der Wahrnehmung berechtigter Interessen. Das Reichsgericht weist auf eine diesbezügliche Entscheidung des dritten Strafsenats hin und stellt fest, daß, wenn eine große Anzahl Menschen in Berufsvereinen, Syndikaten u. s. w. ihre Interessenvertretung haben, die denselben zugrunde liegende Sache nicht aufhört, ein Einzelinteresse für jedes Mitglied

zu sein; deshalb mußte dem Angeklagten als Angehörigen des Bergarbeiter-Verbandes das Recht der Wahrnehmung berechtigter Interessen selbst dann zugesprochen werden...

Streikbrecher nach Hannover gesucht.

Ein Breslauer Schlosser hatte sich auf Grund eines Inzerats an die Waggonfabrik Hannover um Stellung gemeldet. Er erhielt folgendes Schreiben:

Auf Ihr Angebot teilen wir Ihnen mit, daß wir in unserer Fabrik Streik haben und Ersatz für die feiernden Arbeiter suchen. Wir legen in erster Linie Wert auf solche Personen, welche keinem Verbaude angehören.

Es ist Ihnen Gelegenheit geboten, sich hier eine Lebensstellung zu schaffen und wir bemerken weiterhin, daß wir ausreichend für den Schutz der Arbeitswilligen gesorgt haben.

Ihre Papiere wollen Sie an den Arbeitsnachweis hier, Adresse: Arbeitsnachweisungsbureau für den Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover, Hannover, Partwigstr. 7, senden, durch dessen Vermittlung wir die Arbeiter aufnehmen.

Wir bemerken, daß bei uns stets in Afford gearbeitet wird und daß fleißige, tüchtige Leute sehr gut verdienen. Falls Sie daher nach hier kommen wollen ersuchen wir um umgehende Nachricht, wenn Sie hier eintreten können.

Wachtungsvoll

Hannoversche Waggonfabrik, Aktiengesellschaft.

Sollte es in Hannover wirklich keine Arbeiter geben, die „sehr gut verdienen“ wollen? Die Sache hat nur den Haken, daß die Firma die Arbeiter am guten Verdienen hindert.

Hirsch-Dunderfischer.

Der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter soll nach dem Vorbilde des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Bezirksleiter erhalten. In der Berliner Volkszeitung vom 3. Februar ist der Entwurf dazu veröffentlicht, als dessen wichtigste Bestimmungen die folgenden angegeben werden:

1. Der Delegiertentag beschließt die Anstellung von zehn besoldeten Agitationsbeamten. 2. Zu diesem Zwecke werden zehn Bezirke gebildet und zwar a) Ost- und Westpreußen, b) Regierungsbezirk Posen und Provinz Westfalen, c) Regierungsbezirk Breslau und Pommern, d) Provinz Brandenburg ohne die Lausitz, beide Westfalen, Regierungsbezirk Straßburg und Stettin, e) Königreich und Provinz Sachsen mit den thüringischen Staaten, f) Provinz Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe, Waldeck, Schleswig-Holstein und die Hansestädte, g) Westfalen, h) Rheinprovinz ohne Regierungsbezirk Trier, Hessen nördlich des Mains, i) Baden ohne die Bodenseeregionen, Rheinpfalz, Elsaß-Lothringen, Regierungsbezirk Trier, Hessen südlich des Mains, k) Bayern ohne Pfalz, Württemberg und die Bodenseeregionen. 3. Dem Generatrat steht das Recht zu, etwaige aus der Praxis sich ergebende Änderungen in der Abgrenzung der Bezirke oder deren Vermehrung vorzunehmen.

4. Jeder Bezirk erhält einen Agitationsbeamten. Dessen Wohnort wird vom Generatrat bestimmt. 5. Die Agitationsbeamten haben folgende Aufgaben: a) für die Vergrößerung und Ausbreitung des Gewerksvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter nach besten Kräften im Sinne der Gewerksvereinsprinzipien und des Statuts einzutreten; b) bei Arbeitsdifferenzen die Leitung zu übernehmen und dabei in erster Linie den Versuch einer Einigung mit dem Unternehmer oder der Fabrikleitung anzubahnen. Geht eine solche Einigung nicht, dann hat der Agitationsbeamte nach bestem Wissen und Gewissen unter Wahrung der Gewerksvereinsgrundsätze in dringenden Fällen selbstständig zu handeln und unverzüglich einen kurz gefaßten Bericht, der die wesentlichsten Streitpunkte genau enthält, an den Generatrat einzusenden und über weitere Schritte sich mit demselben zu verständigen; c) den Anweisungen des Generatrats, als oberste Leitung des Gewerksvereins, müssen die Agitationsbeamten Folge leisten und die ihnen vom Generatrat auf Grund des Statuts und der Delegiertentagsbeschlüsse gegebenen Anordnungen befolgen; d) die Agitationsbeamten sind ferner verpflichtet, die ihnen im Gewerksvereinsinteresse vom Generatrat erteilten Aufträge auszuführen; e) die Berichterstattung erfolgt vierteljährlich, die Kasienabrechnung monatlich an den Generatrat. 6. Die Kosten für die Anstellung dieser Agitationsbeamten trägt die Gewerksvereinskasse. 7. Die Stellen werden öffentlich ausgeschrieben. Die Entscheidung darüber hat der Generatrat. Nach erfolgter Wahl ist eine gemeinsame Sitzung der Agitationsbeamten nach Berlin einzuberufen, die über die Tätigkeit der Beamten, Maßnahmen bei Arbeitsdifferenzen, allgemeine Agitation und sonstige Gewerksvereinsfragen zu beraten hat. 10. Den Agitationsbeamten wird eine dreigliedrige Kommission zur Seite gestellt. 11. Das bisherige System der Agitationsleiter kommt in Wegfall. 12. Zur Durchführung der Einziehung wird der Wochenbeitrag auf 25 Pfennig erhöht. 13. Die Agitationsbeamten haben das Recht Bezirkskonferenzen einzuberufen. 14. Die von einzelnen Orten und Städten bereits angestellten Agitationsbeamten werden von den neuen Bestimmungen nicht berührt, sofern die betreffenden Ortsvereine drei Fünftel der Kosten weiter tragen.

Die Hoffnungen, die die Hirsch-Dunderfischer auf diese „Reform“ setzen, werden sich nicht erfüllen. In Heiseaposteln hat es ihnen doch bisher schon nicht gefehlt, Geld für Agitation haben sie auch genug ausgegeben, und die bürgerliche Presse haben sie im weitgehendsten Maße zur Bekämpfung der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften in Anspruch genommen. Das Resultat, das sie in bößlicher Arbeit erzielt, ist aber recht unbedeutend. Und besonders das Jahr 1904, in dem die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften einen so großen Aufschwung nahmen, ist für die Hirsch-Dunderfischer eines der magersten, die Gewerksvereine haben zusammen nicht einmal 2000 Mitglieder zugenommen. Wie in allem, so entscheidet eben auch im Gewerkschaftswesen die Güte der Sache.

Zur Aufklärung.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Wie geschwind wird, das beweist der Spezialberichterstatter der Berliner Volkszeitung im Ruhrrevier. Ich vermute hinter dem Berichterstatter einen gewissen Herrn E.-Düsseldorf, der mit der Berliner Volkszeitung in enger Fühlung steht und als dessen „bester Freund“ ich mich bezeichnen kann. Der Berichterstatter schreibt in Nr. 48, Abendblatt der Berliner Volkszeitung, am Schluß eines Artikels über „Die Frauen und der Bergarbeiterstreik“:

Ferner ergibt sich, wie in diesen Zeiten die Masse in dunklem Einigkeitstrang jede Zerplitterung zwischen den Organisationen haßt. Dafür spricht die Tatsache, daß dieser Tage in Wattenfeld ein Agitator des Metallarbeiter-Verbandes, Herr Eichel, flüchten mußte, weil er eine sozialdemokratische Brandrede halten wollte. Demgegenüber erkläre ich, daß ich während der Bergarbeiterbewegung in Wattenfeld nicht an einer einzigen Versammlung teilgenommen habe, es mithin ausgeschlossen ist, daß ich dort eine Brandrede halten wollte und flüchten mußte. Ferner behaupte ich, daß man mich auch in keinem anderen Orte — mit Ausnahme von Dortmund, wo die Polizeibehörde mir zwei Verurteilungen verbat, dem Hirsch-Dunderfischer Gewerksverein, der der Berliner Volkszeitung nahesteht, aber am selben Tage in einem städtischen Lokal eine Volksversammlung erlaube — hindern wird, wenn ich dort referiere oder in Versammlungen mich an der Diskussion beteilige. Mithin kann sich auch der Spezialberichterstatter der Berliner Volkszeitung mit der Nennung des Ortes nicht geirrt haben. Weil ich nicht bestimmt weiß, ob der Herr E. aus Düsseldorf der Spezialberichterstatter ist, will ich ihm nicht den Vorwurf machen, ebensicher und wider besseres Wissen obige Behauptung geschrieben zu haben, jedoch behaupte ich, daß die Berliner Volkszeitung in oberflächlicher Weise und leichtfertig von ihrem Berichterstatter bedient wird.

Düsseldorf, den 1. Februar 1905.

R. Spiegel.

Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Wie wir aus der Berliner Volkszeitung, Nr. 56, ersehen, hat Kollege Spiegel dem Blatte eine Berichtigung gesandt. Die Volkszeitung bemerkt dazu:

Sollte, wie es scheint, unser Berichterstatter das Opfer eines falschen Gerüchtes geworden sein, so würden wir das lebhaft bedauern, um so mehr, als sonst unser Gewährsmann durchaus zuverlässig und vertrauenswürdig ist.

Es ist natürlich Sache der Volkszeitung, was sie von ihrem Berichterstatter hält. Andere Leute haben über diesen „Schlachtenbummel“ ihre eigene Meinung. Zu seiner Charakteristik ist jedenfalls ein Artikel in Nr. 3 des Gewerksvereinsboten sehr wertvoll. Ferner eine Notiz in der gleichen Nummer, wo er unserem Kollegen Spiegel Verrat an der Arbeiterschaft vorwirft und ihn einen elenden Schurken nennt. Kollege Spiegel respektiert nun zwar sehr gerne die im Rheinland in der Fälschungseliebte Narrenfreiheit, aber nicht das Handwerk des Verleumdens und Schimpfens, das in Nr. 3 des Gewerksvereinsboten geübt wird.

Liefer hängen!

Wir kennzeichnen in Nr. 3 den Schwindel, den das Hirsch-Dunderfische Organ, der Gewerksverein, mit einer Resolution der christlichen Gewerkschaften in München über die dortige Ortskrankenkasse getrieben hat. Der Gewerksverein hat bis heute den Schwindel noch nicht widerrufen. Aber nicht nur das: er sucht seine Leser auch jetzt noch in der Meinung zu erhalten, daß der Schwindel über die Münchener Ortskrankenkasse — Wahrheit sei. Er polemisiert gegen den Bergmeister Engel, der in einem Flugblatt über den Bergarbeiterstreik den Gewerksverein mit der Notiz über die Münchener Ortskrankenkasse als Kronzeugen gegen die Sozialdemokratie aufmarschieren läßt. Dazu schreibt nun der Gewerksverein in Nr. 5:

„Diese Notiz (des Gewerksvereins) beschäftigt sich mit der Münchener Ortskrankenkasse und dem Beschluß der Generalversammlung derselben, betreffend die Zusammenziehung des Vorstandes, die nicht mehr eine einseitig sozialdemokratische sein soll.“

Der Gewerksverein schwandelt also weiter. Es ist dies bei einem Blatte nicht weiter zu verwundern, das in derselben Nummer den Lesern aufs neue weismachen will, daß die Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereine keinen parteipolitischen Charakter tragen. Man braucht aber nur an die Beschlüsse in Hannover zu erinnern, die dahin gehen, allen Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen „gefällig“ zu sein. Und es ist ja auch bloßer „Zufall“, daß die Herren Dr. Max Hirsch und Karl Goldschmidt „freiwillige“ Landtagsabgeordnete sind.

Kriegerische Verbündete

erhalten jetzt die christlichen und Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereine. Die letzte Nummer der „Parole“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des preussischen Landes-Krieger-Verbandes, in der es heißt, außer den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, denen kein Mitglied eines Kriegerverbandes beitreten darf, weil die Sozialdemokraten das zerören wollen, was die Kriegervereine jahrelangemühsam zu pflegen und zu fördern haben, gibt es andere Arbeitervereinigungen, welche keine Sozialdemokraten aufnehmen.“ Das seien die Hirsch-Dunderfischen und christlichen Gewerksvereine. Die Arbeiter sollten sich diesen nur anschließen, dann könnten sie des großen Glücks teilhaftig werden, ihre gewerkschaftlichen Bedürfnisse zu verrichten und zugleich einem Kriegerverein anzugehören. Man sieht also ein, daß die Ausschließung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter den Kriegervereinen nur Schaden bringt. Deshalb empfiehlt man eine „ungefährlichere“ Organisationsform. Das ist ganz gut ausgedacht, aber die Arbeiter werden wohl einsehen, daß die Zugehörigkeit zu einer modernen, leistungsfähigen Gewerkschaft für sie nützlicher ist, wie die Zugehörigkeit zu einem Kriegerverein. Der protegierten Gewerksvereinen wird also die Propaganda der „Parole“ nicht viel nützen.

Der Scharfmacher-Sekretär Bueck

räsonniert in Nr. 5 der Deutschen Industrie-Zeitung über den Zustand der Kohlenarbeiter und die Novelle zum Berggesetz. Selbstverständlich sind nach Bueck die Kohlenmagnaten die unschuldigsten Lämmlein. Auch gegen die Regierung ist Bueck sehr ungnädig, gegen ihr Verhalten hat er das höchste Mißtrauen. Entgegen steht ihm der angeführte gesetzgeberische Eingriff der Regierung ein. Folgende Sätze gewähren einen Einblick in das bestimmte Gemüt des Unternehmernarrs:

Im allgemeinen muß aber durch das Vorgehen der königlichen Staatsregierung bei der Sozialdemokratie und den Organisationen der Arbeiter überhaupt die Überzeugung hervorgerufen werden, daß sie mit ihrer Begasheit, mit ihrem eisernen Willen und zuletzt mit dem inszenierten Aussehen die königliche Staatsregierung bezwungen, geduldet und unter ihr Joch gebracht habe. Das Selbstvertrauen und das Machtgefühl der Sozialdemokratie wird dadurch unendlich steigen und ihr Ansehen bei den übrigen Arbeitern ungemein wachsen; sie werden ihr in Scharen zufließen.

Diese gewaltige Erregungsfähigkeit wird die Organisationen der Arbeiter anderer Industrien unzweifelhaft anspornen die Streichung ähnlicher Erträge anzustreben; daher sind infolge des Vorgehens der königlichen Staatsregierung weitere große und verheerende Kämpfe in den anderen Industrien zu erwarten.

Der Eindruck auf die deutschen Arbeitgeber wird, wie heute schon zu übersehen ist, ungemein deprimierend sein. Sie müssen gewärtig sein, daß bei den voraussichtlich künftigen Kämpfen die Regierung beziehungsweise die Gesetzgebung sich auch in die Ordnung ihrer Arbeitsverhältnisse einschreiben wird. Sie haben das Ende des Bestimmungszweckes in ihren eigenen Unternehmen, das Aufhören ihrer Autorität vor Augen.

Man muß gestehen, daß es Bueck ausgezeichnet versteht, sich zu verstellen. Denn er weiß doch ganz genau, daß im preussischen Landtag — selbst wenn die Regierung etwas für die Arbeiter Annehmbares vorlegen sollte — für die Kohlenmagnaten und für die Unternehmer überhaupt nichts zu befürchten ist.

Die ortsüblichen Tagelöhne.

Wenn auch die ortsüblichen Tagelöhne gemäß § 8 des Krankenversicherungsgesetzes von den Regierungen unter Anführung der Gemeinden, Gewerbegerichte, Krankenkassen u. für die ungelerten Arbeiter festgesetzt werden, so kann auch der gelernte Arbeiter Gelegenheits genug haben, mit diesen Sätzen in Berührung zu kommen.

Unsere moderne Industrie siedelt sich gerne auf dem Lande an, wo billigeres Terrain, billige Arbeitskräfte noch zu finden sind. Hat nun ein Metallarbeiter das „Glück“, in einer solchen Fabrik Arbeit zu finden, so wird er natürlich Mitglied der Gemeindefrankenkasse, da auf dem Lande selten Ortskrankenkassen existieren. Die Gemeindefrankenkassen rechnen aber nicht mit dem wirklichen Lohne des Arbeiters, sondern nur mit dem ortsüblichen Tagelohn und gewähren die Hälfte dieses Tagelohnes nur an Krankengeld. Auch bei der Unfall- und Invalidenversicherung spielt der ortsübliche Tagelohn eine Rolle. Verunglückt der Schlosserlehrling, so wird ihm die Rente, die sich aus dem Tagelohn berechnet, für den ortsüblichen Tagelohn sehr niedrig, so muß dieser arme Verletzte sein Leben lang mit der fargen Rente zufriedensein, wenn er auch Lust hat, als Geselle einmala 4 bis 5 Mk. pro Tag zu verdienen. Wird der verheiratete Arbeiter zu einer Militärdienstleistung auf 14 Tage oder 6 Wochen einberufen, so erhält seine Familie nach dem ortsüblichen Tagelohn ihre Unterstützung für diese Zeit u. s. w. Der gelernte Arbeiter hat also auch ein großes Interesse daran, daß der ortsübliche Tagelohn den Verhältnissen entsprechend erhöht wird. Nur in einem Falle kann ihm ein hoher ortsüblicher Tagelohn gefährlich werden, beim Kontraktbruch. Verläßt der Arbeiter seine Stelle, ohne ordnungsgemäß gekündigt zu haben, so kann der Unternehmer als Strafe zehnmal den ortsüblichen Tagelohn von ihm verlangen.

Wie verschieden in Deutschland nun die ortsüblichen Tagelöhne festgesetzt sind, ergibt sich, wenn man die Tabelle mit den einzelnen Landessteuern vergleicht. In Preußen hat den niedrigsten Satz mit 1,10 Mk. für die erwachsenen männlichen Arbeiter, 0,75 Mk. für die

Frauen und 0,60 und 0,50 Mk. für jugendliche Arbeiter der Kreis-Briefen im Regierungsbezirk Marienwerder! Am allerniedrigsten ist der Satz in Schlesien und zwar in Goldberg, Hagnau und Jaltensberg mit gar nur 1 Mk. für die erwachsenen männlichen Arbeiter. Ungerburg, Seydelkrug u. s. w. im Regierungsbezirk Gumbinnen haben den Satz von 1,20 Mk. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse in Bayern. Erkrankt nun ein Metallarbeiter als Mitglied der Gemeindefrankenkasse in Goldberg, so wird er pro Tag die Hälfte von 1 Mk., gleich 50 Pf. Krankengeld, gleich 3 Mk. die Woche erhalten, wenn er auch 20 bis 22 Mk. pro Woche verdient hatte. Die Familie des Landwehrmanns erhält bei der Waffentüchtigung des Ernährers 60 Prozent des ortsüblichen Tagelohns pro Tag an Unterstützung von der Gemeinde ausbezahlt, folglich würden die Arbeiterfamilien in Seydelkrug 0,72 Mk. pro Tag erhalten.

Etwas besser ist es infolge dem Drängen der Arbeiter in den Krankenkassen in den Großstädten geworden. Trotzdem sind die Sätze auch da noch sehr verschieden. Den höchsten ortsüblichen Tagelohn in Deutschland hat Bremerhaven mit 3,60 Mk., dann folgt Bremen mit 3,50 Mk., Frankfurt a. M. mit 3,10 Mk., Hamburg mit 3 Mk., Berlin mit 2,90 Mk., München mit 3 Mk., Breslau mit 2,40 Mk., Dresden mit 2,80 Mk., Leipzig mit 3 Mk., Lübeck mit 2,90 Mk. Sind die Lebensverhältnisse in Bremerhaven viel teurer als in Berlin, Frankfurt a. M. oder Breslau? Sicher nicht. Es gilt daher, sich um die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns mehr zu kümmern.

Noch übler ist natürlich der Kleinbauer und landwirtschaftliche Arbeiter in diesem Punkte daran. Für die Berechnung der Unfallrente legt man meistens der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften einen ebenfalls von den Regierungen fixierten Jahresarbeitsverdienst zugrunde. In einem Teile des Regierungsbezirks Gumbinnen beträgt der festgesetzte Jahresverdienst 360 Mk., im bayerischen Bezirksamt Gern gar nur 305 Mk.!! Verunglückt nun ein Kleinbauer und Knecht im Gumbinner Kreise, so erhält er an Vollrente 240 Mk. im Jahre oder 20 Mk. im Monat! Für eine verlorene Hand, die mit 50 bis 60 Prozent Rente bewertet, würde der Verletzte 10 bis 12 Mk. im Monat, für einen verlorenen Finger mit 10 Prozent gar nur 2 Mk. im Monat, im Bezirk Gern 1,95 Mk. im ganzen Monat Rente erhalten! Vergleicht man die Renten der Bauern mit denen der Fabrikarbeiter, so merkt man am deutlichsten den Unterschied. Ist zum Beispiel der Vater Bauer, so erhält er für die verlorene Hand 10 Mk. Rente pro Monat, wenn der Jahresverdienst nur mit 360 Mk. angenommen war. Sein Sohn, der in der Fabrik als Tagelöhner nun zum Beispiel 1200 Mk. pro Jahr verdient, erhält für seine durch Unfall verlorene Hand 33,30 Mk. pro Monat, also mehr als dreimal so viel Rente wie der viel ältere Vater!

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Handelsverträge und Hilfsaktionen. — Klassenswissenschaft und Philosophie. Von H. Pannekoek (Leiden, Holland). — Nach dem ersten Akte. Von Rosa Luxemburg. — Die zivilisierte Welt und der Jar. Von K. Kautsk. — Theorien über den Mehrwert. I. Die Anfänge der Theorie von Mehrwert bis Adam Smith. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsk. Von Heinrich Cunow. (Schluß). — Zur Lage der Bäckerei-Arbeiter. Von Konrad Fint. — Literarische Rundschau: Friedrich Herz, Moderne Rassenlehren. Von O. B. Dr. phil. Moritz Lindemann. Urbegriffe der Wirtschaftswissenschaft. Von r. h. — Notizen: Die Expropriation des kleinen Grundkapitals. Von h. m. r.

Bitte!

Wir ersuchen die Verwaltungsstellen, die gedruckte Jahresberichte herausgeben, uns davon stets ein Exemplar zu übersenden. Die Redaktion.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

- (In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.)
Mittelsdorf. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Frisol“.
Mittelsdorf. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof zu den 12 Aposteln.
Mittelsdorf. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Hirsch“, Kanalfstraße.
Mittelsdorf. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Bayerischen Hof“, Löherstr. 8.
Mittelsdorf. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, im „Drei Könige“.
Mittelsdorf (Allg.). Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, in d. „Blauen Glocke“.
Mittelsdorf. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, bei Georg Schmidt, zum „Kreuz“, Nr. 13.
Mittelsdorf. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, bei Frau Amage, Steinstr. 24.
Mittelsdorf. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im Schatten.
Mittelsdorf. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, in der „Vierdehale“ in Biffingen a. Enz.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, vorm. von 10 bis 2 Uhr, bei Schäfer, Ringstr. 8.
Mittelsdorf, Bez. Hattlingen-Linden. Sonntag, 12. Februar, vormittags von 10 bis 1 Uhr, bei Witwe Sieget (Germannia) in Hattlingen.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, vorm. von 10 bis 2 Uhr, bei Schäfer, Ringstr. 8.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, abends halb 9 Uhr, im Gasthof z. Einhorn.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, abends halb 9 Uhr, zu den „drei Kronen“.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, vorm. halb 10 Uhr, in der „Himmelsleiter“.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, abends halb 9 Uhr, im Gold. Adler.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Wajchau.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, abends 8 Uhr, im Burgfeller, Amalienstr.
Mittelsdorf (Allg.). Sonntag, 12. Februar, abends halb 9 Uhr bei Steinmann, 1. Kampfr. 73.
Mittelsdorf (Eizungsmonateure). Sonntag, 12. Februar, vormittags halb 11 Uhr, bei Stamm, 1. Kampfr. 39.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, nachm. 5 Uhr, bei Fr. Seidel, Südteilerstr.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, abends halb 9 Uhr, im Bellevue, Bahnhofsstr.
Mittelsdorf (Allg.). Sonntag, 12. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Zwölf“.
Mittelsdorf. Sonntag, 12. Februar, abends 6 Uhr, bei Trotsche, Helmshofstraße.
Mittelsdorf. Freitag, 17. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Bollens, Bruckmannstraße.
Finkenwalde. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im Gesellschaftshaus Namendorf.
Hennrichsdorf (Formev). Mittwoch, 15. Februar, abends halb 9 Uhr, in der Verberichthausstraße.
Frankfurt a. Main. Bodenheim. Bezirk Hedderheim. Montag, 13. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Arbeiterheim“.
Bezirk Niederrod. Freitag, 17. Februar, abends halb 9 Uhr, zur „Baldohr“, Schwarzmalld. 2.
Bezirk Rodelheim. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Männer Hof“, Bahnhofsstraße.
Freiberg i. S. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Padamonsky.
Fürstentum. Donnerstag, 16. Februar, abends 8 Uhr, in der Schloßkellerei.
Gelsenkirchen. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Gsch. Kamys, Elisabethplatz (Hermannsplatz).
Gelsenkirchen. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Richard Galtberg.
Glauchau. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Weissen Hof“, Hofabend.
Glauchau. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Wiese, Gilmerswintel.
Hain. Schwab. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, in der „Germania“.
Hain. Freitag, 17. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Winkler, Königstr. 34.
Hildesheim. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Römer“, Hauptstr. 41.
Hildesheim. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, in der „Röhre“.
Horn. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Gieper, zur „Hörje“ am Altmacht.
Hildesheim. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, in der Andreasstraße zu Gundersdorf.
Jungferndorf. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, zur „Hörje“.
Kaiserlautern. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, Burg, Steinstr. 20.
Kais. Dienstag, 14. Februar, abends 9 Uhr, bei H. Kiel, Victoriastr. 70.
Kiel. Donnerstag, 16. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Gadow, „Gadener Börse“ in Gaden, Augustenstraße.
Kiel (Allg.). Sonntag, 19. Februar, vorm. halb 10 Uhr, im „Englischen Garten“.
Lehrhauken (Schläger). Sonntag, 12. Februar, nachm. 4 Uhr, zur „Hörje“.
Lehr. (Körber). Sonntag, 11. Februar, nachmittags 5 Uhr, bei Gadow.
Lehr. Samstag, 11. Februar, abends 8 Uhr, im „Engelgarten“.
Lippstadt. Samstag, 11. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Heßler im „Schwarzen“, Kappellstr. 13.

Rudwigsburg. Sonntag, 19. Febr., vorm. halb 10 Uhr, in der „Krone“.

Offenbach a. M. Montag, 19. Febr., abds. halb 9 Uhr, i. Saalbau, Austr. 9.

Heintlingen Samstag, 11. Febr., abds. 8 Uhr, bei J. Hint, Rathausstraße.

Dingst. Samstag, 18. Febr., abds. 9 Uhr, im Gasthaus „Zum Hefhof“.

Zweibrücken. Samstag, 11. Febr., abds. halb 9 Uhr, im „Goldenen Stern“.

Schwelm. Unterführungen werden beim Bitt. Hugo Jacobs, Osterstr. 21, ausgeführt.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

MEINEL & HEROLD Harmonikfabrik, Klingenthal (Sax.) No. 493 C.

Deutsche Werkmeister- und Kalkulatorschule, Darmstadt. Staatsaufsicht. — Technisch praktische Lehraufst.

Achtung! Unsere Herren-Anzug- und Paletotstoffe, Loden u. Sportstoffe, Damentuche und Damenkleiderstoffe.

Baer Sohn En gros. BERLIN. En detail. Geyersstr. 24a/25. Wredensstr. 11.

Carnevals-Ülk neuestes Scherz-Instrument, der fidele Dudelsack.

Schallplatten-Apparat mit Trompetenarm, tadellosem Uhrwerk, unter Garantie reell, stabil und fast unverwundlich.

Tragen Sie unsere Hamburger Schnitt-Hosen! Schwere blaue Pilot-Hosen, 5 M.

Wilhelm Kruse Markneukirchen No. 885 Gröste.

Lebensgröße 45/65 cm für 3 M. Porto, Verpackung 60 Pf.

Gratis Gute Zylinder-Uhr, 6 Steine, Goldzeiger, v. Goldränder 7 M.

Edmund Paulus Markneukirchen No. 367 Musikinstrumente jeder Art.

Magerkeit. Schöne, volle Körperform durch unser orient. Kraftpulver.

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei Perforier- und Gummier-Anstalt.

MUSIK INSTRUMENTENFABRIK von ERNST HESS KLINGENTHAL & Co.

Orkan-Fahrräder sind auch für Sommer 1905 wiederum die besten und doch die billigsten.

Durch enorme Leistungsfähigkeit beweist Ihnen die „Smith-Premier“-Schreibmaschine dass sie tatsächlich das Ideal aller Schreibmaschinen ist.

Metallarbeiter-Notizkalender für 1905. Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder.